BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 68 / Jahr 7* *Wien, März 2021*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

Wien: Blockade und Demonstration gegen Charter-Abschiebung

quelle: presse-service.net



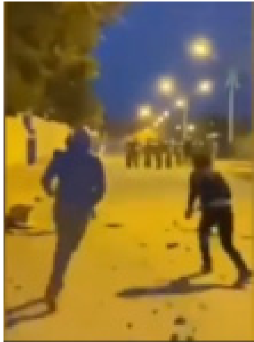
Am 23.2. blockierten antirassistische Aktivist:innen über Stunden mehrere Ausfahrten des Polizeianhaltezentrums (PAZ) Rossauer Lände in Wien, um eine Sammelabschiebung nach Afghanistan zu verhindern.

Gegen 11:30 begannen die Aktivist:innen die Straße mit einem Tripod, einer Holzkonstruktion und einem Transparent zu blockieren. Mehrere Aktivist:innen verbanden sich mit Lock-Ons, um so zu verhindern, von der Polizei weggetragen zu werden. Ein Teilnehmer der Kundgebung verbrannte eine Fahne der EU-Grenzschutzagentur „Frontex". Rasch war die Polizei mit Unterstützung der Spezialeinheit WEGA und einem gepanzerten Fahrzeug vor Ort. Beamt:innen der WEGA und der Polizei begannen erste Aktivist:innen von der Straße wegzutragen. Mehrere Aktivist:innen ketteten sich mit Fahrradschlössern an Geländer vor der Polizeieinfahrt. WEGA-Beamte schnitten die Schlösser an den Hälsen der Aktivist:innen mit Bolzenschneider und Akku-Flex durch. In der Zwischenzeit fuhr die Wiener Berufsfeuerwehr mit mehreren Einsatzfahrzeugen vor. Sie unterstützte den Polizeieinsatz. Mit Hilfe von zwei Fahrzeugen der Feuerwehr wurden zwei Aktivist:innen, die in einer Traverse über der Straße hingen, herunter geholt. Weitere Aktivist:innen wurden von WEGA-Beamten und der Feuerwehr aus einer Holzkonstruktion und einem Tripod gelöst.

Nachdem die Straße freigeräumt wurde, versammelten sich etwa 100 Personen bei einer angemeldeten Kundgebung in der Nähe des PAZ. Hier wurde mit Plakaten und in Redebeiträgen die für die Nacht geplante Charter-Abschiebung von 45 Personen nach Afghanistan kritisiert. Neben der Corona-Pandemie wurde vor allem auf die gefährliche Lage in Afghanistan hingewiesen, die für abgeschobene Personen lebensgefährlich ist.

[Algerien] Riots nach Verurteilung eines Militanten zu sieben Jahren Haft

quelle: schwarzerpfeil.de



Unruhen brachen am Abend des Sonntags, 28. Februar, in mehreren Vierteln von Ouargla, im Süden Algeriens, aus, nachdem ein Militanter der populären Protestbewegung in Algerien zu einer hohen Haftstrafe verurteilt und der „Rechtfertigung für Terrorismus" beschuldigt wurde.

Demonstrierende blockierten mehrere Straßen und verbrannten Reifen, nachdem das lokale Strafgericht Ameur Guerrache zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt hatte. Junge Menschen warfen Steine auf Bullen inmitten von Tränengasangriffen.

In einem weiteren Video, das ebenfalls in den sozialen Medien verbreitet wurde, flehte die Mutter von Ameur Guerrache den algerischen Präsidenten Abdelmadjid Tebboune an, ihren Sohn freizulassen.
Der 31-jährige Ameur Guerrache, der am 1. Juli 2020 in seinem Haus verhaftet wurde, wird als Militanter und Poet dargestellt und ist „einer der größten Anführer der (Protest-)Bewegung in Mekhadma seit mehreren Jahren", so die CNLD, eine Organisation, die sich für die Gefangenen einsetzt. Die Mekhadma-Bewegung hat ihren Namen von einem benachteiligten Viertel in der Stadt Ouargla, wo im vergangenen Juni Hunderte von Menschen gegen ihre Lebensbedingungen und ihre Marginalisierung und Ausgrenzung von der lokalen Entwicklung protestiert hatten. Ouargla ist die Hauptstadt einer an Kohlenwasserstoffen reichen Wilaya (Präfektur), in der sich viele Lagerstätten befinden, darunter auch die von Hassi Messaoud. Aber es ist auch eine Stadt mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Das algerische Justizministerium gab kürzlich bekannt, dass insgesamt 59 politische Gefangene freigelassen wurden, nachdem Präsident Abdelmadjid Tebboune am 18. Februar eine Begnadigung ausgesprochen hatte. Gleichzeitig gehen jedoch die Verurteilungen vor den Gerichten in einem stetigen Tempo weiter.

[Österreich] Transpi für Dimitris Koufontinas

quelle: emrawi.org

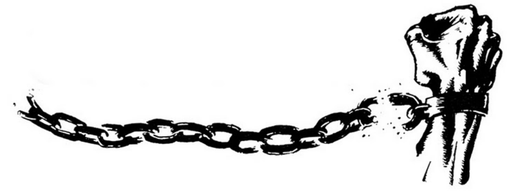


Kleines Transpi in Solidarität mit Dimitris Koufontinas in Wien

Knäste zu Baulücken
Solidarität mit Ditmitris

Mehr Infos zur Solikampagne:
https://enoughisenough14.org/2021/03/04/saturday-march-6-2021-call-for-the-second-international-day-of-solidarity-with-the-hunger-strike-of-dimitri-koufontinas/

[Anm.d.R.: Eigener Sonderteil mit Texten zu Dimitris weiter hinten!]



[Russland] 14-jährige Anarchisten werden wegen Terrorismus angeklagt

quelle: schwarzerpfeil.de



Kansk ist eine Stadt mit 90.000 Einwohner:innen in Sibirien, Russland. Die nächstgelegene Millionenstadt ist Krasnojarsk, 250 Kilometer westwärts. Zwei Jungen, die letztes Jahr 15 Jahre alt geworden sind, Nikita Uvarov und Denis Mikhaylenko, sitzen seit letztem Sommer im Gefängnis, weil sie beschuldigt werden, einen terroristischen Anschlag geplant zu haben. Laut Anklage planten sie unter anderem, das Hauptquartier des russischen Sicherheitsdienstes FSB in Minecraft zu bauen und dort in die Luft zu jagen. Während der Sowjetära hatte der FSB verschiedene Namen, der letzte vor dem Zerfall der Sowjetunion war FSB.

Nikita und Denis wurden verhaftet, nachdem sie Plakate verbreiteten, die die Freilassung des Anarchisten und Mathematikers Azat Miftakhov forderten, der in Moskau verhaftet wurde. Eines der Plakate wurde am örtlichen FSB-Gebäude in Kansk angebracht. Denis und Nikita planten auch, eine Food Not Bombs-Veranstaltung in Kansk zu organisieren, um Essen an Obdachlose zu verteilen.

Nikita und Denis wurden bereits im Juni 2020 verhaftet, aber Informationen über den Fall begannen sich erst im November 2020 zu verbreiten, als Novaya Gazeta und die Online-Medienplattform Baza Artikel über den Fall veröffentlichten. Dieser Artikel basiert größtenteils auf einem Artikel von Evgeniya Tamarchenko, der in der Online-Medienplattform The Insider veröffentlicht wurde und im Januar 2021 erschien.

Nikita und Denis kennen sich seit dem Kindergarten. Zur gleichen Zeit wurde auch Bogdan Andreev verhaftet. Er studiert in einer Parallelklasse, und alle drei haben sich während der Mittelstufe angefreundet. Bogdan steht derzeit unter Hausarrest und darf weder Telefon noch Internet benutzen.

Alle drei sind angeklagt wegen „studieren, um einen terroristischen Anschlag auszuführen" und „Mitgliedschaft und Gründung einer terroristischen Vereinigung." Neben dem Spielen von Minecraft und dem Aufhängen von Plakaten bereiteten die drei kleine Feuerwerkskörper vor und diskutierten über Mittel zum Kampf gegen das aktuelle Regime in Russland. Mit diesen Anklagen würden Erwachsene mindestens 15 Jahre im Gefängnis verbringen. Da Denis, Nikita und Bogdan minderjährig sind, liegt die Höchststrafe bei 10 Jahren Gefängnis.

Die Ermittler:innen haben Denis und Bogdan taktisch belogen und manipuliert, um sie dazu zu bringen, die Vorbereitung eines Terroranschlags zuzugeben, indem sie ihnen zum Beispiel versprachen, dass sie nicht wegen eines Terroranschlags angeklagt werden, wenn sie die Vorwürfe gestehen. Dieses Versprechen wurde natürlich gebrochen. Nikita hat nichts gestanden, aber er klagt auch Denis und Bogdan nicht an. Nikita glaubt, dass die Hauptverantwortung bei den Ermittler:innen liegt, die Denis und Bogdan manipuliert haben, um eine Aussage gegen ihn zu machen.

In Russland liegt die Untergrenze für die Strafmündigkeit bei 14 Jahren. In der Region Krasnojarsk hat der FSB mehrere 14-Jährige im Jahr kurz nach ihrem Geburtstag verhaftet. Sie wurden oft monatelang verfolgt, bevor sie inhaftiert wurden. In zwei Fällen hatten die Kinder über Schießereien in der Schule diskutiert. Der Fall von Kansk unterscheidet sich von denjenigen, die sich für Schulschießereien interessieren, da er mit politischem Aktivismus zu tun hat.

Nikitas Mutter glaubt, dass die Verhaftung ihres Sohnes auch auf die Haltung seiner Lehrerin zurückzuführen ist. Im Oktober 2019 wurde Nikitas Mutter in die Schule zu einem Gespräch eingeladen, bei dem ihr gesagt wurde, dass Nikita sich für Anarchismus interessiert und eine Fernsehserie über den anarchistischen Kosaken Nestor Makhno anschaut. Die Lehrerin erwähnte, dass „sie vielleicht einen Terroranschlag vorbereiten" und „wir das unter Kontrolle bringen müssen." Damals hat Nikita über die Diskussion nur gelacht.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft schrieb Nikitas Lehrerin, Sofia Polychuk, eine negative persönliche Stellungnahme über Nikitas Charakter, die als Grundlage für seine Untersuchungshaft verwendet wurde. Die Sozialarbeiterin der Schule hätte eine positive Charakterisierung über Nikita geschrieben, aber sie wurde vom Direktor verboten. Im Untersuchungshaftbeschluss wird zitiert, dass „laut dem Schulleiter Nikita die Schule als feindliche Umgebung betrachtet, er reagiert nicht angemessen auf die Anweisungen seiner Lehrer:innen, entwickelt kein gegenseitiges Verständnis und weigert sich, die Normen und Regeln der Gesellschaft zu befolgen." Laut Nikitas Anwalt könnten die Schulmitarbeiter:innen in dem anstehenden Gerichtsverfahren wichtige Zeug:innen auf Seiten der Staatsanwaltschaft sein.

Laut Nikitas Mutter begannen die Konflikte in der Schule etwa ein Jahr vor der Verhaftung. Die Lehrer:innen konnten nicht akzeptieren, dass Achtklässler:innen ihre eigene Meinung haben würden. Als zum Beispiel einmal ein:e Englischlehrer:in die Klasse fragte, welches das höchste Gebäude der Welt sei, antwortete Nikita, dass es der Burj Khalifa in Dubai sei (was die richtige Antwort ist). Der Lehrer*die Lehrerin akzeptierte die Antwort nicht, Nikita versuchte, seinen Standpunkt zu beweisen, aber der Lehrer:die Lehrerin brachte ihn einfach zum Schweigen.

Die Verhaftung der oppositionellen Galionsfigur Alexei Navalny hat im Ausland viel Aufmerksamkeit erregt, aber es gibt hunderte von politischen Gefangenen in Russland, und sie werden immer jünger. Auch weniger bekannte politische Gefangene brauchen Unterstützung, und derzeit wird eine Unterstützungskampagne für die Minecraft-Gefangenen von Kansk organisiert.

Die Webseite der Unterstützungskampagne kanskdelo.com hat momentan nur Updates auf Russisch, aber in der Zukunft wird es dort auch Materialien auf Englisch geben.

Du kannst Nikita und Denis im Gefängnis schreiben, aber in der Untersuchungshaft gibt es eine starke Zensur, und es ist besser, offenkundig politische Themen zu vermeiden. Die Briefe müssen auf Russisch sein, aber mit einem Online-Übersetzer ist es oft möglich, verständliche Übersetzungen zu machen. Falls du den maschinellen Übersetzungen nicht traust, kannst du z.B. Fotos oder Zeichnungen schicken.

Uvarov Nikita Andreevich
2005 g.r. SIZO-5 ul. Kaytymskaya 122
g. Kansk 663600 Krasnoyarskiy Kray
Russland

Mikhaylenko Denis Sergeevich
2005 g.r. SIZO-5 ul. Kaytymskaya 122
g. Kansk 663600 Krasnoyarskiy Kray
Russland

Du kannst auch für die Gefangenen über Paypal von ABC Moskau spenden, abc-msk@riseup.net. Wenn du für Nikita und Denis über dieses Paypal spenden möchtest, ist es obligatorisch, die Nachricht „for Minecraft case" anzugeben. Ansonsten ist es unmöglich, den Zweck deiner Spende zu erfahren.

Liste der Gefangenen, die von ABC Moskau in Russland unterstützt werden: https://wiki.avtonom.org/en/index.php/Category:Currently_imprisoned_in_Russia

Quelle: avtonom.org



Thomas Meyer-Falk: Über einige Petitionen an den Landtag Baden-Württemberg



In allen Landtagen, sowie dem Bundestag gibt es sogenannte Petitionsausschüsse, welche sich mit Eingaben der BürgerInnen beschäftigen. Grundlage ist Artikel 17 Grundgesetz, das sogenannte Petitionsrecht. Im Folgenden soll es erst um eine Petition gegen den Polizeieinsatz anlässlich einer Corona-Demonstration in Freiburg gehen und in einem zweiten Teil um solche aus dem Bereich des baden-württembergischen Justizvollzug. Im Schlussteil möchte ich die Sinnhaftigkeit von Petitionen diskutieren.

I. Corona-Demonstration am 22.10.2020 in Freiburg

Wie die Badische Zeitung im Oktober 2020 berichtete, hatten sich am 22.10. hunderte GegnerInnen der Corona-Maßnahmen in der Altstadt von Freiburg eingefunden, wobei sie im Regelfall sich weder an den Mindestabstand noch an die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gehalten hatten.
Die Polizei soll all dies hingenommen haben ohne einzuschreiten oder die Versammlung aufzulösen.

Wie der Landtag (Landtagsdrucksache 16/9745, dort: Ziffer 3) nach Einholung einer Stellungnahme des Innenministeriums mitteilt, sei dies rechtmäßig verlaufen. Insbesondere habe die Polizei Kontrollen durchgeführt, zur Einhaltung der Auflagen aufgerufen und sogar gegen einige wenige DemonstrantInnen Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Die detaillierten Ausführungen können auf der Webseite des Landtages (https://www.landtag-bw.de) nachgelesen werden.

II. Justizvollzug

Der Landtag hat sich mit ganz unterschiedlichen Fragen zu befassen. Sie reichen von der Kleidung, die ein Insasse bei der Ausführung in die Stadt tragen möchte (1.), den Einsatz von Auszubildenden im Bereich der Sicherungsverwahrung (2.), etwaige Zwangsversetzungen von Bediensteten (3.), oder einen möglichen Therapeutenwechsel (4.).

II.1. Kleidung

Ich selbst trage seit einigen Jahren gerne sogenannte arabische Gewänder, freilich ohne einen etwaigen religiösen Hintergrund. Sie sind schlicht bequem und schlicht. Die Justizvollzugsanstalt Freiburg hatte mir vergangenes Jahr verboten, solche Gewänder bei den vier Mal im Jahr stattfindenden und von Bediensteten bewachten Spaziergängen in der Innenstadt zu tragen. Sollte ich auf das Tragen weiterhin bestehen, dürfe ich nur noch „in den Wald“ gehen.

Als ich deswegen eine Petition an den Landtag richtete, änderte die Anstalt ihre Entscheidung und gestattete weiterhin das Tragen der Gewänder auch bei Betreten der Innenstadt (Landtagsdrucksache 16/9427, dort: Ziffer 2).

II.2. Einsatz von Azubis in der Sicherungsverwahrung

Immer wieder setzt die Anstalt auf den vier Stationen der SV-Anstalt Azubis des uniformierten Dienstes ein. Langjährige Beschäftigte kritisieren dies, aber auch Insassen. Denn im Alltag wirken die Azubis mitunter überfordert. Zum anderen sieht das Justizvollzugsgesetz eigentlich vor, dass in der SV nur erfahrene Bedienstete arbeiten dürfen, die zudem besonders geschult sind. Nicht zu vergessen, dass Justiz und Politik immer wieder betonen, in der SV säßen die „Gefährlichsten der Gefährlichen“, so dass es pittoresk anmutet, wenn dort Azubis zum Einsatz kommen.

Der Landtag stellt sich aber hinter die Entscheidung der Justizvollzugsanstalt (Landtagsdrucksache 16/9740, dort: Ziffer 5). Der Einsatz der Azubis sei notwendig, denn die Alternative bestünde dann nur darin, dass man die Zellen erst gar nicht öffnet. Im Übrigen würden so die Azubis auch wertvolle Erfahrungen in einem Teilbereich des Justizvollzuges sammeln können.

II.3. Zwangsversetzungen von Bediensteten

Immer wieder werden aus dem Bereich der SV langjährige Bedienstete wegversetzt in den Bereich der Strafhaft. Da viele Insassen kaum über Außenkontakte verfügen und dann im Verlauf der Jahre Bedienstete zu wichtigen Ansprechpartnern werden, bedeutet dies dann einen Beziehungsverlust. Mal davon abgesehen, dass im Alltag sich nicht wenige Bedienstete bei Insassen darüber beklagen, wie prekär ihr Arbeitsplatz sei, dass sie bei Ungehorsam gegenüber den Vorgesetzten, oder wenn sie zu oft krankgeschrieben seien, mit der Wegversetzung rechnen müssten.

Es macht auch von den Arbeitsbedingungen einen Unterschied, ob jemand auf einer Station der SV mit maximal 16 Insassen Dienst schiebt, oder im Bereich der Strafhaft mit doppelt oder drei Mal so vielen Menschen. Nicht zu vergessen, für die Arbeit in der SV gibt es eine eigene Stellenzulage!

Der Landtag stellt sich jedoch auf den Standpunkt, dass jede Versetzung erforderlich sei, und wer eben oftmals krank sei, der sei vielleicht schlicht überfordert von der anspruchsvollen Tätigkeit in der SV, so dass schon aus Gründen der Fürsorgepflicht für das Personal eine Versetzung angebracht sei (Landtagsdrucksache 16/9740, dort: Ziffer 3).

II.4 Therapeutenwechsel im Bereich SV

Auf den vier Stationen der SV sind drei männliche Therapeuten und eine weibliche Therapeutin tätig. Auffällig war, dass eine Therapeutin seit acht Jahren speziell mit zwei Insassen intensiv arbeitete und diesen dann auch erhebliche Therapiefortschritte attestierte, unterstützt von externen Gutachtern. Im Haftalltag fielen aber gerade diese beiden Vorzeigeklienten immer durch ein Verhalten auf, das von wüsten Beleidigungen bis hin zu massiven Bedrohungen reichte. Also einem Verhalten, das zumindest aus Sicht von Laien, im Gegensatz zu den bescheinigten Fortschritten zu stehen schien. So dass beim Petitionsausschuss um Unterstützung für die Überlegung gesucht wurde, in Fällen sehr langer therapeutischer Beziehungen, zumal zu einer weiblichen Therapeutin, wenn die Klienten wegen zahlreichen Vergewaltigungen und in einem Fall auch wegen eines Tötungsdelikts zum Nachteil einer Frau einsitzen, intermittierend einen männlichen Therapeuten einzusetzen oder überhaupt den Therapeuten mal zu wechseln, um die beglaubigten „Fortschritte“ einem Realitätstest zu unterziehen.

Dem vermochte sich der Petitionsausschuss des Landtages nicht anzuschließen (Landtagsdrucksache 17/9740, dort: Ziffer 2), insbesondere sei nicht zu befürchten, dass bei langjähriger therapeutischer Beziehung „blinde Flecken“ entstünden, die zu Fehlbeurteilungen führen, denn die TherapeutInnen seien eingebettet in ein multidisziplinäres Team, und zudem kämen auch externe GutachterInnen zum Einsatz.

III. Zur Sinnhaftigkeit von Petitionen

In wenigen Fällen sind Petitionen erfolgreich, im Sinne einer Änderung der in der Petition beanstandeten Praxis. Aber immer wieder reagieren Verwaltungen dennoch, wenn plötzlich eine Petition eingereicht wird, und die Behörde ihr Vorgehen nicht nur gegenüber dem vorgesetzten Ministerium, sondern auch dem Landtag rechtfertigen muss (beispielhaft sei hier auf das oben geschilderte Beispiel der Bekleidung bei der Ausführung verwiesen).

Freilich verbleibt eine Petition zwangsläufig immer im engen Korsett der bestehenden Normen, denn es kann wenig anderes gerügt werden, als dass eine bestehende Praxis, aus Sicht der Beschwerdeführenden nicht den bestehenden Normen entspricht. Zwar kann auch angeregt werden, bestehende Gesetze oder Verwaltungsvorschriften zu ändern, aber diese Form von Kritik bleibt ebenfalls systemimmanent und letztlich ohne viel emanzipatorisches Potential.

Wenn wir die Perspektive von inhaftierten Menschen einnehmen, die zudem vielfach über wenig Unterstützung von außerhalb der Mauern erfahren, denen als Protestmöglichkeit neben Hungerstreik und Gewalt nur wenige Handlungsmöglichkeiten verbleiben, sich gegen aus ihrer Sicht als ungerecht oder unrechtmäßig empfundenen Zustände zu wehren, kann die Petition als niederschwellige Form der Kritik helfen, das Gefühl der eigenen Hilflosigkeit wenn schon nicht zu überwinden, so doch zumindest zu mindern.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. Justizvollzugsanstalt (SV)
Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
Deutschland

https://freedomforthomas.wordpress.com
Archiv: http://www.freedom-for-thomas.de



[Chile] Über die notwendige Übereinstimmung zwischen der Straße und dem Gefängnis. Kommuniqué von Mónica und Francisco aus dem Knast.

quelle: http://panopticon.blogsport.eu



Gefunden auf contramadriz, ursprünglich aber von Publicación Refrectario, die Übersetzung ist von uns.

(Chile) Über die notwendige Übereinstimmung zwischen der Straße und dem Gefängnis. Kommuniqué von Mónica und Francisco aus dem Knast.

Die antiautoritäre Solidarität als eine Beziehung zu verstehen, die als Hauptakteure die Gefangenen und das aktive Umfeld auf der Straße einbezieht, bedeutet zu verstehen, dass es unabdingbar ist, innerhalb des Gefängnisses zu kämpfen, andernfalls wird die Praxis der Solidarität in Assistenz und Wohltätigkeit umgewandelt, wobei die Gefangenen zu bloßen passiven Empfänger*innen der Unterstützung werden, die von draußen kommen kann, ohne die Initiativen der Konfrontation einzubeziehen oder dazu beizutragen. Es ist notwendig, dass der Slogan „Nichts endet mit dem Gefängnis“ mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, die zwar knapp, aber äußerst effektiv sein können, in die Praxis umgesetzt wird. Das haben die verschiedenen Kämpfe in der langen und reichen Geschichte der politischen Gefangenschaft gezeigt, die von der Bereitschaft und Entschlossenheit der Gefangenen geprägt waren, bis zu den äußersten Konsequenzen zu gehen, um ihre Ziele zu erreichen. Innerhalb des Gefängnisses ist jede Minute im Hof, jedes Buch, das hereinkommt, jeder Gegenstand, der in die Zelle darf, oder jeder noch so kleine Raum der Autonomie und der individuellen Entfaltung durch Kampf errungen worden, nichts ist frei; es genügt, sich daran zu erinnern oder nachzuforschen, wie die Gendarmerie (A.d.Ü., chilenische Bullen) z.B. mehr Stunden des Aufschließens im Hochsicherheitsknast oder das Nichtvorhandensein von Gesprächsräumen (A.d.Ü., aber auch fürs telefonieren) in den Hochsicherheitsknästen vereinbart hat, um das zu erkennen.

Die aktive Mobilisierung innerhalb des Knastes hat auch wichtige Siege in Bezug auf die Rückkehr der Gefangenen auf die Straße errungen, indem sie die Hand der Gesetze beugte und es schaffte, wirksamen Druck auf den Staat auszuüben, der zu verschiedenen Zeiten gezwungen war, sich zusammenzusetzen, um zu reden und eine Lösung für die Forderungen zu finden.

Diese Erfolge wären jedoch ohne die solidarische Unterstützung nie erreicht worden, die Forderungen und Ansprüche der Gefangenen würden innerhalb der hohen Mauern bleiben, ohne die ständige Mobilisierung, die sogar kurzzeitig die Normalität durchbricht. Deshalb ist es wichtig, dass es eine echte Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Solidaritätskollektiven und Einzelpersonen gibt, die sich in einer auf Konfrontation ausgerichteten Kommunikation und einem Austausch von Visionen niederschlägt, was den Kampf und die ihm verpflichteten Milieus unbestreitbar stärkt. Auf diese Weise wird Solidarität zu einer kämpferischen und offensiven Praxis, die das Wort und die Momente nimmt, die Ereignisse und Brüche erzeugt.

Wir weisen jedoch klar darauf hin, dass wir den Kampf nicht ohne Konfrontation verstehen. Obwohl wir oft nicht erreichen, was wir uns vorgenommen haben, haben wir auf Konfrontation bestanden und werden dies auch weiterhin tun, weil es einfach die Art und Weise ist, wie wir uns entschieden haben, unser Leben zu führen. Wir werden auf Konfrontation bestehen, und wenn das nicht geschieht, werden wir sie suchen und provozieren, denn nur durch Schläge werden wir Risse in der Gesellschaft erzeugen.

Gegen die Fortführung von Verurteilungen!
Aufhebung der Änderung der D.L 321!
Amnestie für die Gefangenen des Aufstandes!
Gefangene im Krieg auf die Straße!

Mónica Caballero Sepúlveda

Trakt der öffentlichen Konnotation (A.d.Ü., in ihrem Fall U-Haft in einem „normalen“ Knast) – San-Miguel-Knast

Francisco Solar Domínguez

Hochsicherheitsabteilung – Hochsicherheitsknast

Februar 2021

[USA] Updates zum anarchistischen Gefangenen Eric King & persönliche Mitteilung zu seiner aktuellen Situation.

quelle: itsgoingdown.org, übersetzung abc wien

Wir wollten euch wissen lassen, dass Eric Kings Prozess auf den 12. Oktober vor dem U.S. Distriktgericht von Colorado in Denver verschoben wurde. Dies wurde vom Richter bewilligt, weil Erics Anwälte eine Vertagung beantragt hatten, unter anderem aufgrund von Lücken im Schriftsatzverkehr (juristische Dokumente, die zwischen beiden Parteien ausgetauscht werden) und weil das FCI Florence für Anwaltsbesuche geschlossen ist (der Ort des fraglichen Vorfalls muss besichtigt werden).

Eric wird weiterhin in Einzelhaft im FCI Englewood festgehalten und wird dort seit 551 Tagen oder über 1 Jahr und 6 Monate mindestens 23 Stunden am Tag festgehalten. Die Vereinten Nationen haben erklärt, dass eine Isolationshaft von mehr als 15 Tagen „Folter“ darstellt, und wir stimmen dem voll und ganz zu. Eric wurde nicht nur in Isolationshaft gehalten, sondern hat auch nahezu ständige Schikanen erlebt, viele Beschwerden erhalten und darf nun schon zum zweiten Mal keine Post von außen erhalten (außer von seiner unmittelbaren Familie), und das aus unklaren Gründen. Eric hat kürzlich eine ziemlich erstaunliche Beschreibung des Lebens in der Isolation geschrieben.

Während ihr Eric nicht direkt schreiben könnt, könnt ihr ihm trotzdem Bücher und Zeitschriften schicken. In der Tat, als Eric das letzte Mal schreiben durfte, drückte er aus, wie sehr er die Flut von Büchern schätzte, die er von Unterstützer:innen erhielt. Bitte schaut euch Erics Liste unter tiny.cc/EK_Books an und bestellt 1-2, oder was ihr könnt! Er ist ein gefräßiger Leser und es hilft ihm, mit der Situation umzugehen, die vor ihm liegt.

Erics Anwälte arbeiten sich weiter durch die Beweisaufnahme und bereiten sich auf den Prozess vor. Das Civil Liberties Defense Center, das Eric vertritt, ist eine gemeinnützige Organisation, die auf Spenden angewiesen ist, um ihre solide Arbeit zu finanzieren. Ihr könnt an sie spenden unter https://cldc.org/donate/ Vermerkt „Eric King legal defense“ in der Memo-Sektion.

Eric drohen bis zu 20 Jahre für einen Vorfall, bei dem tatsächlich er angegriffen wurde. Er braucht eure Unterstützung. Bitte folgt uns auf den sozialen Medien und tragt ihn weiterhin in euren Herzen. Wir werden euch wissen lassen, wenn es konkretere Anliegen gibt.

Nachricht von Eric:

Kürzlich haben die verdammten Kotzbrocken im Büro beschlossen, dass es das Beste wäre, meine Post wieder abzuschneiden.... dies zusammen mit dem Telefonverbot erstickt meinen Kontakt mit der Außenwelt... all dies während der Vorverhandlung... ugh. Es ist wirklich verdammt anstrengend und es wird wirklich alt, das ist systematisch und absichtlich und eine Rechtfertigung sowohl für meine/n revolutionären Geist/Aktionen im Inneren, als auch für die FANTASTISCHE Unterstützung durch unsere Community.

Es war wirklich erstaunlich, den ganzen Dezember über, sich mit lieben Freund:innen wieder zu verbinden.... Und ich habe so viele tolle neue Leute kennengelernt. Ich habe mich wirklich so geliebt und unterstützt gefühlt, als ich von der ersten Postsperre befreit wurde, es hat mich umgehauen, so viel Solidarität und Unterstützung zu erfahren. Unglaubliche Verbundenheit.

Ich hoffe, dass das Postverbot noch vor sechs Monaten gekippt wird. Wir haben Anfang Oktober eine Verhandlung. Ich bitte alle, an mich zu denken, die Teilnahme an der Verhandlung zu unterstützen, das BOP (auf jeder Ebene) herauszufordern, mit der Website in Kontakt zu bleiben - entweder nach Updates zu suchen oder eine Nachricht zu hinterlassen.

All den Leuten, die mir Zeitschriften und Bücher geschickt haben, ein herzliches Dankeschön! Ihr habt mich unendlich verwöhnt. An alle, die in der Silvesternacht rausgekommen sind, um Lärm zu machen: Gut gemacht, wir müssen laut und sichtbar sein und die Behörde (das Bureau) ins Rampenlicht stellen.

Ok Freunde, ich werde mich bald wieder melden. Ich danke euch für alles

In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
14.-15.05.2021 ABC Fest [more infos soon]

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
https://www.abc-wien.net/

Unregierbar: Ein Interview mit Lorenzo Kom'boa Ervin

quelle: schwarzerpfeil.de



William C. Anderson im Gespräch mit Lorenzo Kom'boa, veröffentlicht bei Black Rose Fed

Der Autor und unabhängige Autor William C. Anderson interviewt den altgedienten Organisator und ehemaligen Black Panther und politischen Gefangenen Lorenzo Kom'boa Ervin über die aktuelle politische Krise, Faschismus und die steigende Relevanz des Schwarzen Anarchismus.

Das neuartige Coronavirus, auch bekannt als COVID-19, hat die täglichen Katastrophen des Kapitalismus aufgezeigt. Der Mangel an medizinischer Versorgung, einer sicheren Umgebung, Unterkunft und Nahrung ist eine alltägliche Frage für ein wachsendes Segment von gefährdeten Menschen. Dies hat bei vielen ein spürbares Interesse am Anarchismus hervorgerufen. Das Versagen des Staates wurde durch ineffektive Lösungen, mutwillige Vernachlässigung und völlige Missachtung des menschlichen Lebens deutlich gemacht. Es legte (für einige) tiefere Fragen über die Plausibilität staatlicher Lösungen frei. Gleichzeitig wurden die Behörden aufmerksam, was sich in den zunehmenden Angriffen gegen Anarchist:innen zeigte. Präsident Trump und viele andere haben scheinbar eine Reihe von Politiken identifiziert, die sie als bedrohlich erachten. Dies ist kein Zufall und es folgt einem historischen Muster.

Wie üblich wurde dem Anarchismus seine Komplexität durch oberflächliche, vorsätzliche Fehldeutungen abgesprochen. Die Komplexität der verschiedenen anarchistischen Politiken, Prinzipien und Ansätze wurde auf die Trope des terroristischen Bombenwerfers reduziert. Auch wenn Anarchist:innen während dieser Pandemie im ganzen Land gegenseitige Hilfsprojekte organisieren und sich daran beteiligen, ist dies nicht das, was Anarchismus für viele Menschen darstellt. Inmitten einer globalen Pandemie ist die Effektivität dieser Art von Projekten gepaart mit anderen Überlebensprogrammen besonders relevant geworden. Dennoch bestand für Gegner:innen die Notwendigkeit, diese Politik von allen Seiten anzugreifen. Das wachsende Interesse am Schwarzen Anarchismus ist trotzdem ungebremst geblieben.

Der Schwarze Anarchismus wird seit langem durch die Arbeiten von oft übersehenen Denker:innen und Revolutionär:innen getragen. Einer von ihnen ist Lorenzo Kom'boa Ervin. Ich traf Lorenzo zum ersten Mal 2012 bei einem Organizing-Workshop, den ich zusammen mit verschiedenen Organisator:innen aus dem Süden leitete. Mein:e Freund:in (welche die Idee dazu hatte) lud Lorenzo ein, auf Empfehlung eines Bekannten zu sprechen. Es dauerte nicht lange, bis Lorenzo und seine Partnerin JoNina Ervin mir die Wahrheiten des Anarchismus klar machten. Es begann meine Reise, den Schwarzen Anarchismus vollständig zu umarmen.

Lorenzo hat, gelinde gesagt, ein revolutionäres Leben geführt. Nachdem er von Martin Sostre, einem Gefängnisanwalt, der einer der Architekt:innen der Gefangenenrechtsbewegung war, in den Anarchismus eingeführt wurde, musste er mehr als einmal gegen die US-Behörden kämpfen und fliehen. Er hat überall auf der Welt gelebt, während er lehrte und organisierte. Dies sind nur einige der Gründe, warum es wichtig ist, seine Einsichten über die gegenwärtige Situation zu hören, mit der wir konfrontiert sind.

Ich sprach mit Lorenzo über Black Autonomy, Faschismus und was wir brauchen, um die Krise zu bewältigen.

William C. Anderson (WCA): *Was denkst du über die aktuellen Aufstände, die im ganzen Land als Reaktion auf die Polizeigewalt stattfinden?*

Lorenzo Kom'boa Ervin (LKE): Ich denke, die Aufstände sind gut, aber wir sehen, dass sie als revolutionärer Aufstand Grenzen haben. Diese Einschränkungen erlauben es dem Staat, die Natur der Aufstände sowie die Themen als bloße Reformen zu unterwandern. Der Staat und die liberalen Politiker:innen und andere sind in der Lage, dies gegen die Bewegung auszunutzen. Diese Art der Kooptation findet schon seit einer Weile statt. Ich habe 60 Jahre Proteste und sogenannte „Revolten" und Rebellionen und Aufstände in Großstädten und Kleinstädten wie Ferguson, Missouri beobachtet. Ich habe 60 Jahre beobachtet, wie sie bis 1964 mit der Harlem Rebellion in Harlem, New York, zurückreichen. Es war immer etwas, das mit der Polizei zu tun hatte. In der einen oder anderen Form töteten sie jemanden, schlugen jemanden, oder kamen einfach in die Community und taten irgendeine Art von Gräueltat. Und die Menschen reagierten mit einem Gegenkampf. Was in diesem Fall passieren durfte, ist, dass das Volk rebelliert, das Volk zurückschlägt und die Leute eine Massenfront von Protesten aufstellen. Dann behaupten die Politiker:innen und die anderen, dass sie ihre Themen oder ihren Antrieb nutzen, um dann einige liberale Reformen vorzuschlagen, die eigentlich gar nicht liberal sind.

Was wir sehen ist, dass jedes Mal der Polizeiterror oder der Rassismus schlimmer wird oder es wird einfach verlängert. Wir müssen uns also fragen: „Okay, wir haben Proteste. Wir lehnen uns auf. Aber verstehen wir nicht auch, dass es hier jetzt darum geht, die Gesellschaft als Ganzes zu verändern?" Wir versuchen nicht nur ein „defund the police" oder was auch immer zu bekommen. Die Regierung gibt nichts, und selbst wenn die Proteste sie unter Druck setzen, haben sie noch kein Programm vorgelegt, um weitere Gräueltaten gegen Schwarze zu verhindern. In den Vereinigten Staaten wurden tausende Menschen von der Polizei getötet und die Regierung hat den mordenden Cops Straffreiheit gewährt.

Dies ist meiner Meinung nach eine Form von Klassenkampf oder faschistischer Polizeiarbeit, und das müssen wir verstehen. Sie setzen die gewalttätigsten staatlichen Agent:innen ein, besonders in der Schwarzen Community und in armen Gemeinden. Sie benutzen sie auch, um jede politische Opposition an der Basis niederzuschlagen. Sie benutzen sie, um eine neue Art von kriminellem System zu schaffen, in dem sie Menschen kurzerhand anklagen und sie für lange Zeit mit drakonischen Strafen ins Gefängnis stecken. Und das geht schon seit geraumer Zeit so. Also, Rebellionen sind großartig. Sie sind wunderbar, es ist toll zu sehen, dass die Leute aufstehen. Die einzige Sache ist, du kennst meinen Standpunkt als langjähriger Aktivist und alles, ich versuche auf die eigentliche Essenz eines Kampfes zu schauen, nicht nur auf die Tatsache, dass er stattfindet. Die Ausrichtung des Kampfes heute ist sehr ähnlich zu dem, was ich in den letzten Phasen der Bürger:innenrechtsbewegung gesehen habe. Du siehst, wie sie Reformen gewinnen, aber nicht das System selbst verändern. Das ist der Unterschied zwischen Revolutionär:innen und Reformer:innen, wir wollen den Staat komplett zerschlagen.

WCA: *Was für einen Ratschlag hast du für junge Radikale, die diese Gesellschaft verändern wollen? Welchen Rat hast du für diejenigen, die politisiert sind und nach einer Richtung suchen, wie sie die Dinge tun können, von denen du denkst, dass sie getan werden müssen?*

LKE: Wir als Aktivist:innen, als Organisator:innen, müssen uns und unsere Gemeinschaften unregierbar machen. Ich weiß, dass du diesen Begriff schon einmal gehört hast. Das bedeutet, was er sagt. Wir müssen es so machen, dass wir eine neue Art von politischem System selbst erschaffen, ob es nun Duale Macht oder revolutionäre direkte Demokratie ist, wie auch immer wir es in dieser Zeit nennen wollen. Wir müssen diese Art von Bewegung schaffen, eine antifaschistische Massenbewegung auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite müssen wir in der Lage sein, massenhaft eine gemeinschaftsbasierte wirtschaftliche Überlebenstendenz aufzubauen, die auf Kooperativen im Ghetto basiert, um die Armen unterzubringen, die Städte wieder aufzubauen und sich um die materiellen Bedürfnisse der Armen zu kümmern. Wir müssen in der Lage sein, das aufzubauen. Ich bin nicht gegen einige dieser Gruppen, die jetzt entstehen, denn obwohl sie jetzt nicht radikal sind, könnten sie sich möglicherweise in etwas anderes verwandeln. Aber was passieren muss, ist, dass wir mit diesen Programmen die Masse der armen Stadtbewohner:innen erreichen müssen. Wir kämpfen nicht einfach um eine Sekte oder eine Gruppe oder ein paar Anführende zu haben. Wir kämpfen dafür, die Macht in einer neuen Gesellschaft in die Hände der Menschen zu legen. Vermutlich wissen Revolutionär:innen einige Dinge in einigen Bereichen der Organisation, die die Menschen nicht wissen. Also müssen wir sie trainieren, wir müssen sie ausrüsten, um unabhängig von dieser politischen Struktur zu sein. Ich denke auch, dass die Black Panther Party Recht hatte, wir müssen Überlebensprogramme haben und wir müssen über das hinausgehen, was sie hatten. Wir sollten versuchen, die Überlebensökonomie in dieser Periode jetzt aufzubauen.

Wir sollten aus dieser Periode herausgehen, in der es einige Leute gibt, die gegenseitige Hilfe verstehen oder praktizieren, aber die Masse das nicht tur. Wir müssen also über „nur helfen" hinausgehen und auf eine Art andere Ökonomie hinarbeiten, eine Überlebensökonomie auf dem Weg zum vollwertigen anarchistischen Kommunismus. Vielleicht ist das der Name, den wir als Anarchist:innen kennen, aber in einigen Teilen der Welt nennen sie es eine „Solidaritätswirtschaft", um ihnen zu helfen, den Kapitalismus zu überleben. Wie auch immer es genannt wird, wir brauchen das, damit wir nicht total abhängig vom kapitalistischen Staat sind. Ich behaupte nicht, dass ich alles weiß, aber ich weiß einige Dinge und ich weiß, dass eine Sache nicht funktionieren wird – wenn du den gleichen korrupten, rassistischen Bullen erlaubst zu behaupten, dass sie jetzt reformiert sind oder du hast die gleichen Politiker:innen, die behaupten: „Nun, das ist nicht das gleiche System, wir haben nie einen Weg gefunden, der Polizei die Mittel zu kürzen, aber wir reorganisieren sie, also habt Geduld!" George Jackson, ein radikaler Gefangener in Kalifornien und Mitglied der Black Panther Party in den 1960er-Jahren, sagte selbst, dass solche Polizei- oder Gefängnisreformen nichts anderes sind als der weitere Aufstieg des Faschismus. Sie helfen dem Faschismus, für die Menschen akzeptabel zu werden.

Wir haben uns jahrelang damit beschäftigt, weil du siehst, wie die Polizei über die Jahre verschiedene Arten der psychologischen Kriegsführung und Pseudo-Kampagnen wie Weed and Seed oder Community Policing eingesetzt hat. Dieser Scheiß wurde entwickelt, um der Polizei die Macht über die Gemeinschaft zu geben. Es waren absichtliche Racial Profiling- und Kontrollmaßnahmen, und wir müssen verstehen, was bis zu diesem Punkt passiert ist. Dieser Scheiß mit Trump ist nur der Höhepunkt oder das Endstadium ihres Aufbaus des Faschismus. Sie haben das Gefängnissystem gebaut, das das größte der Welt ist. Das haben sie schon vor Jahren aufgebaut. Sie haben schon vor Jahren angefangen, paramilitärisches Policing einzusetzen, besonders in der Schwarzen Community. All diese Dinge, die wir sehen, diese Formen dessen, was in einem anderen Land einen faschistischen Staat ausmachen würde, müssen sie nicht erst aufbauen. Sie haben bereits Teile davon in Amerika aufgebaut.

Eins muss sich kritische Fragen stellen, wie so etwas überhaupt möglich ist, wenn eins all diese sogenannten Antirassist:innen und Antifaschist:innen hat. Aber sie tun nicht einmal etwas, um mit dieser Art von faschistischem Kampf umzugehen. Sie gehen auf die Straße und bekämpfen irgendwelche betrunkenen Nazis, irgendeine minderwertige Art von Organisierungskampagne. Wir brauchen mehr als das in dieser Periode, besonders jetzt. Wir brauchen die Fähigkeit, eine Massenbasis zu haben, nicht nur die Jugend, sondern Gemeinden, ein breites Segment der Bevölkerung. Wir brauchen diese Massenbasis, die zu einer neuen Art von Politik beiträgt, in der das Volk die Kontrolle übernimmt und nicht die Politiker:innen oder Prediger:innen oder wen auch immer all diese Leute gewählt haben. Sag der Jugend, sie soll Bewegungen von der Basis her aufbauen. Baue Widerstandsbewegungen auf und baue eine ausreichend große Bewegung auf, die nicht vom Staat kontrolliert werden kann, so dass sie, wie ich schon sagte, unregierbar ist. Und unregierbar bedeutet für die Leute in der Bewegung im Moment eine Reihe von Dingen: Es bedeutet die Art von Taktiken, die du auf der Straße anwendest, es bedeutet, wie die Gemeinschaft organisiert ist, damit sie nicht von diesen Politiker:innen abhängig ist, es bedeutet einen Massenboykott der kapitalistischen Unternehmen, eine neue Übergangsökonomie und viele andere Dinge als Teil eines Widerstands.

Eine Sache, die ich den Leuten unbedingt sagen möchte, ist, dass wir uns nicht so organisieren können, wie in den 60er-Jahren, wir können uns nicht so organisieren, wie wir uns vor 30 Jahren, vor 20 Jahren organisiert haben. Wir müssen neue politische Wege beschreiten und eine neue politische Theorie und neue politische Taktiken haben. Diese kommen nicht von einer Person oder Gruppe allein, es muss von den Menschen selbst entschieden werden.

WCA: *Kannst du ein wenig darüber sprechen, warum du Black Autonomy gegründet hast, und was es ist?*

LKE: Black Autonomy war etwas, das ich begonnen habe, um zu versuchen, mit der Tatsache umzugehen, dass es innerhalb der anarchistischen Bewegung nur sehr wenige Schwarze Menschen gab. Black Autonomy sollte auch eine Gruppe des Drucks gegen den institutionalisierten Rassismus innerhalb der anarchistischen Bewegung sein. Zu dieser Zeit bezogen weiße Anarchist:innen in den USA ihre politische Richtung nicht wirklich auf die Schwarze Community oder waren an Schwarzen Organisator:innen interessiert. Ehrlich gesagt, war es in dieser Zeit nicht wirklich eine echte antirassistische Bewegung. Und ich erreichte schließlich das Stadium, in dem ich sagte, was wir tun müssen, ist eine afroamerikanische/Schwarze Tendenz innerhalb der anarchistischen Bewegung zu schaffen, die stark genug ist, um für sich selbst zu stehen. Und das kann die weiße fixe Natur der anarchistischen Bewegung herausfordern. Das war auch der Grund, warum ich anfing, Anarchism and the Black Revolution zu schreiben, ein Buch, das die Widersprüche rund um Race und Kolonialismus und Unterdrückung ansprach und die Anarchist:innen aufforderte, ihr Bewusstsein zu erhöhen. Sie hatten es noch nie als Problem oder Thema betrachtet; sie dachten nie über Afrikaner:innen oder Schwarze in Amerika nach, es sei denn, sie versuchten lediglich, Schwarze für ihre Tendenzen zu rekrutieren, aber selbst das geschah nicht, als ich in den frühen 1970er-Jahren daherkam. Ich war der einzige Schwarze Anarchist in den USA und sogar in anderen Teilen der Welt für Jahre, eigentlich Jahrzehnte.

In den Vereinigten Staaten waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schwarzen schon immer anders als die der weißen Bevölkerung, das geht bis zur Sklaverei zurück. Etwas, von dem Marx selbst gesagt hat, dass der „Sockel" für die Entstehung des Kapitalismus in den USA die Schwarze Sklaverei war. Ich habe versucht, Anarchist:innen dazu zu bringen, das zu verstehen und kritischer darüber nachzudenken, aber sie wurden sehr wütend und defensiv mir gegenüber, wenn ich das sagte. Also schufen wir unser eigenes ideologisches Konstrukt und unsere eigene Organisation, die nicht perfekt war und unter wirklich harten Bedingungen entstand, aber wir haben sie geschaffen. Es war im Angesicht von Angst, Schuldgefühlen und Feindseligkeit durch weiße Anarchist:innen. Sie gaben Schwarzer Autonomie keine wirkliche Unterstützung, fingen an, uns „beschränkte Nationalist:innen" zu nennen und dies und das.

Wir schufen das, was im Wesentlichen ein Kollektiv war, zuerst in Atlanta. Weißt du, ich und ich glaube, es waren sieben andere Community-Organisator:innen, und sieben oder acht Student:innen vom Clark College und der Morehouse University. Sie wurden zu dieser Zeit Teil dieses Kollektivs. Schließlich baute die Gruppe eine nationale Föderation mit zehn Städten und eine Gruppe in London auf.

Wir führten in Atlanta politische Diskussionen und so weiter über die Richtung, die wir einschlagen sollten. Die von der Straße sagten: „Wir müssen die Schwarze Community gegen die Zustände, die uns passieren, organisieren." Und wir begannen, uns gegen die Ermordung eines Bruders namens Jerry Jones durch die Polizei von Atlanta im Jahr 1995 zu organisieren, und wir begannen auch, uns gegen den Versuch der Stadtregierung zu organisieren, den armen und arbeitenden Menschen in der Stadt das Verkehrssystem wegzunehmen und es den Leuten in den Vororten zu geben. Sie wollten die Fahrpreise so sehr erhöhen, dass die Menschen, die in der Stadt lebten, nicht mehr in der Lage waren, sie zu bezahlen. Also gründeten wir die Poor People's Survival Movement. Und daraus ging die Atlanta Transit Riders Union hervor. Wir kämpften gegen die Behörden, die das Verkehrssystem betrieben, und wir begannen, Widersprüche rund um Race, Klasse und Armut aufzuzeigen, die seit Jahren von den städtischen Behörden aufgeworfen worden waren. Das war eine erfolgreiche Kampagne. Wir waren in der Lage, die Verkehrsbeamt:innen jahrelang gegen die Umsetzung der Fahrpreiserhöhung zurückzuschlagen. Wir brachten die Reichen, die Stadtverwaltung und die Konzerne dazu, sie zu übernehmen, anstatt arme Leute oder Arbeiter:innen, die keine anderen Verkehrsoptionen hatten.

Black Autonomy selbst war eine anarchistische Organisation, aber sie verstand auch, dass ihre Politik auf der Realität der Unterdrückung Schwarzer Menschen in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt basierte. Wir organisierten uns rund um die Dinge, die wir auch heute noch passieren sehen: Masseninhaftierungen von Schwarzen Menschen und mörderische Erschießungen durch die Polizei oder faschistische Bürgerwehren. Wir haben uns in den 1990er- und auch in den 2000er-Jahren in einer Reihe von Städten organisiert. Die Anti-Klan-Demonstration 2013 in Memphis, Tennessee war die größte antifaschistische Demo in diesem Jahr mit 1500 bis 2000 Menschen. Wir hatten auch schon seit Jahren eine Reihe von Städten gegen Polizeiterrorismus organisiert.

Black Autonomy fing also auch an, sich zu organisieren und zu versuchen, eine politische Struktur mit dualer Macht zu schaffen, die versucht, Ideen zu entwickeln, die die Jugend erreichen können und zu versuchen, die Gefängnisse als Ganzes zu bekämpfen. Nicht nur gegen Richter:innen und all den anderen Müll, sondern tatsächlich gegen die Gefängnisse, die als Werkzeug zur Unterdrückung von Schwarzen und armen Menschen benutzt werden. Und leider waren wir nicht in der Lage, bei dieser Aufgabe genügend Kräfte um uns zu scharen, um eine breite Bewegung gegen die Masseninhaftierung aufzubauen. Wir haben versucht, Gruppen wie das Anarchist Black Cross dazu zu bringen, uns zu helfen, aber wir scheiterten, als sie sich mit der autoritären Linken vereinigten.

WCA: *Warum denkst du, dass die aktuelle Regierung Anarchist:innen und Antifa (Antifaschist:innen) ins Visier nimmt?*

LKE: Trump braucht einen Sündenbock für eine Sache. Die Antifa ist bereit, die Faschist:innen auf der Straße zu bekämpfen und das schon seit geraumer Zeit. Also kann Trump diese „Gewalt" nutzen, um seine Politik zu rechtfertigen, und er wird mit der Zeit immer repressiver werden. Ich glaube wirklich, dass er sie vor einem Bundesgericht wegen „Hochverrats" anklagen will. Er will die Antifa als „Staatsfeind:innen" darstellen. Ich denke, er hätte das DOJ und seine Bundes-Schlägertruppe schon längst eingesetzt, um zu versuchen, sie zu zerschlagen, wäre da nicht

die Tatsache, dass er für das Amt kandidieren musste und nicht völlig freie Hand hatte. Und ich glaube auch, dass er glaubt, und bis zu einem gewissen Grad mag das auch stimmen, dass vieles von dem, was auf der Straße passiert, von Anarchist:innen kommt, die scheinbar Massenunterstützung haben.

Die Sache ist die, dass die Regierung seit fast 100 Jahren Anarchist:innen immer als eine ernsthafte Bedrohung für Störungen angesehen hat. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Wellen der Repression gegen Anarchist:innen. Aber in den letzten Jahren haben Anarchist:innen nicht wirklich viel getan, was diese Art von Repression rechtfertigen würde. Ich bin überrascht, dass es jetzt kommt, aber in einer Hinsicht bin ich nicht überrascht, denn wir sind ein bequemer Sündenbock als die gefährlichste Tendenz der Linken. Die Kommunist:innen? Sie haben sich alle verkauft und sie kandidieren für ein Amt oder was auch immer. Und bis zu einem gewissen Grad ist das wahr, um ganz ehrlich zu sein. Ich sage nicht in jedem Fall, aber es gibt eine Menge kommunistischer Elemente, die mit dem Staat und den Kapitalist:innen im Bett sind.

Das Justizministerium und das FBI wollen die Schwarze Protestbewegung zum Sündenbock machen. Sie waren noch nicht in der Lage, es mit der Schwarzen Bewegung zu tun, obwohl sie vor einiger Zeit mit diesem so genannten Staatssicherheitsprogramm aufkamen, in dem sie Schwarze Aktivist:innen, du weißt schon, „Extremist:innen", verfolgen wollten.

WCA: *„Schwarze Identitätsextremist:innen (Black identity extremists)".*

LKE: Genau so haben sie es genannt, und sie haben versucht, es zur Einschüchterung zu nutzen, aber aus welchen Gründen auch immer, konnten sie die öffentliche Unterstützung nicht in diesem Ausmaß bekommen. Er will es mit Black Lives Matter machen. Aber ich denke, dass viele Leute jetzt davon überzeugt sind, dass Black Lives Matter nur gewaltfreie Taktiken anwendet. Das amerikanische Volk ist also nicht so sehr für die Idee, dass der Staat oder die Regierung so hinter ihnen her ist. Es kann immer noch passieren, bevor oder nachdem er aus dem Amt scheidet, wenn die Schwarze Protesttendenz radikaler wird oder die Taktik wechselt.

WCA: *Ich wollte dich nach der wachsenden Popularität des Schwarzen Anarchismus fragen. Es gibt eine Menge Schwarzer Menschen, die sich mehr für Anarchismus interessieren. Viele dieser Schwarzen Menschen interessieren sich für deine Arbeit. Kannst du darüber sprechen und warum du denkst, dass das passiert? Und kannst du auch sagen, was du hoffst, dass sie von deiner Arbeit und dem Schwarzen Anarchismus mitnehmen?*

LKE: Zunächst einmal war es eine Überraschung für mich, überhaupt herauszufinden, dass es neue anarchistische Tendenzen, Schwarze anarchistische Tendenzen, in der Szene gibt. Und ich habe das erst im letzten Jahr herausgefunden, eigentlich erst dieses Jahr. Aber auf der einen Seite spricht das für die Arbeit, die wir mit Black Autonomy gemacht haben. Was auch immer wir für Fehler gemacht haben und unser Versagen, vor Jahren eine Massentendenz aufzubauen, es spricht für diese Arbeit. Ich denke, wenn ich nicht Anarchism and the Black Revolution geschrieben hätte und andere Dinge getan hätte, die ich mit den Gefährt:innen, mit denen ich gearbeitet habe, getan habe, würden die Leute nicht einmal von den Ideen des Schwarzen Anarchismus wissen.

Die andere Sache ist, dass ich für eine Art von Anarchismus stehe, der ein Klassenkampf-Anarchismus ist. Meine Perspektive und mein Verständnis, das ich vor Jahren gelesen habe, ist, dass der Anarchismus aus der sozialistischen Bewegung kommt. Es ist in der Tat ein selbstverwalteter Sozialismus oder ein libertärer Sozialismus. Die Ideen des selbstverwalteten Sozialismus und all das kam von Bakunin, und die anarchistische Bewegung war Teil der ersten internationalen kommunistischen Bewegung. Meine Sache ist also, wenn die Leute eine anarchistische Perspektive oder eine Schwarze anarchistische Politik bekommen wollen, müssen sie verstehen, dass wir eine Bewegung aufbauen müssen, bei der es darum geht, für die Macht des Volkes zu kämpfen. Das ist nicht nur ein Kunstbegriff, sondern wir kämpfen nicht einfach für eine Partei oder Sekte oder irgendeine Führung. Wir kämpfen, damit die Menschen auf dem Boden, an der Basis, anfangen können, ein neues Leben für sich und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Es gibt alle möglichen Debatten darüber, wie diese Gesellschaft aussehen könnte oder welche Übergangsphasen des Kampfes und des Aufbaus einer neuen Gesellschaft wir durchlaufen müssen.

Ich glaube schon, dass wir durch eine Übergangsphase gehen müssen. Aber an diesem Punkt, in diesem Moment, geht es um revolutionäres Community Organizing, nicht nur um „friedliche Proteste", um an die Regierung zu appellieren. Wir müssen ein neues Denken über Widerstand und den Wiederaufbau von Gemeinschaften annehmen, damit wir vom Staat unregierbar werden. Wir müssen über Menschen nachdenken, die revolutionäre Kommunen und andere Formen unabhängiger politischer Einheiten aufbauen. Im Moment müssen wir darüber nachdenken, dass Millionen von Obdachlosen kommen, und darüber reden, wie wir ihnen einen Platz zum Leben geben. Wie gehen wir mit der Regierung um, um sie zu zwingen, diese Ressourcen zur Verfügung zu stellen und, wie kämpfen wir dagegen, dass die Regierung den Wohnraum komplett übernimmt? Wir werden uns auf breiter Front wehren müssen, in Form von Hausbesetzungen oder indem wir einfach physisch in die Gebäude eindringen. Mit der Art von Klassenkampf, die in den Vereinigten Staaten existiert, wirst du zur Waffe greifen müssen, wenn du die Gesellschaft verändern willst. Ich meine, ich sage nicht, dass eins den bewaffneten Kampf als einzige Taktik einsetzen soll, aber der revolutionäre Bürgerkrieg kommt unweigerlich. Die Regierung wird Krieg gegen dich führen, ob du nun bereit für den Krieg bist oder nicht.

Ich erkenne an, dass eine Massentendenz, die in einem bestimmten historischen Stadium Gewaltlosigkeit anwendet, die Regierung zurückdrängen kann, und das ist es, was jetzt gerade passiert. Ja, die Protestbewegung drängt die Regierung zurück, drückt sie an die Wand, aber sie würgt nicht das Leben aus ihr heraus. Was wir brauchen, ist die Art von revolutionärer Bewegung, die das Leben aus ihr herauswürgen und eine neue Gesellschaft schaffen kann. Diese Organisationen, von denen wir sprechen, werden durch kleinbürgerliches Bewusstsein, kleinbürgerliche Organisation, kleinbürgerliche Führung und so weiter erstickt, was eine bestimmte Art von Bewegung schafft. Eine bestimmte Art von Bewegung, die nicht bis zu dem Punkt gehen wird, „alles zu geben", wie eins früher zu sagen pflegte. Ich glaube wirklich, dass sie in ihrer Fähigkeit oder ihrer Bereitschaft, den Staat zu stürzen oder auch nur darüber zu reden, Grenzen eingebaut haben. Das Lustige ist, dass wir weiterhin über solche Dinge nachdenken müssen, den Staat zu stürzen und nicht irgendwelche Reformen zu bekommen. Ich werde dir nicht sagen, dass du niemals Reformen bekommen solltest, wenn du es im unmittelbaren Sinne kannst. Aber in diesem Stadium sind wir schon zu weit gegangen, um uns immer wieder mit diesem Reformismus zufrieden zu geben, besonders in diesem Moment. Dieser Moment ist ein revolutionärer Moment und andere Dinge sind passiert, um ihn so zu machen, nicht nur die Proteste.

Das System selbst wackelt wegen des COVID-Virus und allem, was mit der Wall Street passiert. All diese Dinge passieren und es bringt den Staat an den schwächsten Punkt, an dem er je war. Selbst Trump oder wer auch immer den Staat übernimmt und versucht, einen faschistischen Staat zu schaffen, tut dies nicht aus einer Position der Stärke heraus. Sie versuchen nicht, eine Diktatur aus einer Position der Stärke heraus zu errichten, sondern aus einer Position der Schwäche und der Angst heraus. Deshalb habe ich gesagt, dass wir eine alternative, radikale Kraft aufbauen müssen, damit sie dann auf eine Art und Weise arbeiten kann, wie es noch nie zuvor der Fall war, um das gesamte System zu stürzen. Nicht nur die Demokrat:innen oder die Republikaner:innen – du weißt, dass die Herrschenden diese Art von Mist wollen. Sie wollen es, weil es trivial ist. Es bedeutet überhaupt nichts. Im Endeffekt will Trump vielleicht eine persönliche Diktatur. Aber der andere Typ [Biden], er ist ein Agent des Staates und er ist ein Unterdrücker in seinem eigenen Recht. Er hat dazu beigetragen, das Gefängnissystem an den Punkt zu bringen, an dem es jetzt ist. Seine Kandidatin, Kamala Harris, ist genauso eine etablierte Demokratin wie er. Sie ist genauso dafür, die Polizei und die Regierung gegen die Armen einzusetzen. Wir müssen in der Lage sein, Massen von Menschen über diese Dinge aufzuklären, während wir eine Alternative schaffen, damit sie nicht getäuscht werden. Wir brauchen eine neue Gesellschaft und eine neue Welt, nicht noch mehr Kapitalismus.



Die vierte Wand durchbrechen: Revolte im St. Louis-Gefängnis

quelle: de.crimethinc.org

Über Repression, Repräsentation und Revolte

Im Jahr der COVID-19-Pandemie gab es heftige Kämpfe gegen Gefängnisse, die die ohnehin schon starke Bewegung gegen Haftanstalten und Abschiebeknäste sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Mauern verstärkten. Im folgenden Bericht aus St. Louis reflektiert ein Anarchist über die Bedeutung der Revolte vom 6. Februar im Kontext der Bemühungen von vielen verschiedenen Seiten, das zu vertreten und zu bewältigen, was man sich als Interessen der Gefangenen vorstellt.

In den frühen Morgenstunden des 6. Februar brach ein Aufstand innerhalb des Gefängnisses in der Innenstadt von St. Louis aus. Dies folgte auf zwei andere Aufstände innerhalb der letzten drei Wochen. Wir wissen nur wenig über die ersten beiden Aufstände, außer dass Aktivist:innen und Beamt:innen der Stadt sie als ›Unruhen‹ beschrieben, die durch das Fehlen von COVID-19-Sicherheitsmaßnahmen und Überbelegung ausgelöst wurden. Am 6. Februar jedoch gelang den Gefangenen ein Durchbruch.

Unternehmungslustige Gefangene fanden heraus, wie man sowohl die Zellentüren als auch die Sicherheitsschleusen im vierten Stockwerk aufhebeln kann. Später kam heraus, dass die Schlösser schon seit Monaten als fehlerhaft und leicht zu knacken galten. Nachdem sie die Wachen überwältigt hatten, begannen sie ein zerstörerisches Gelage – sie zerstörten das Gefängnis stundenlang, indem sie alles zerbrachen, was sie konnten, verstopften die Toiletten und überfluteten die Böden, legten Feuer und kämpften gegen die Wachen.

Schließlich erreichten sie den äußeren Korridor, der entlang ihrer Zellen verläuft und brachen durch die Fenster des Gefängnisses, um Kontakt mit der Außenwelt aufzunehmen. Arbeiter:innen, die zu ihrer Schicht in der City Hall auf der anderen Straßenseite ankamen, sahen eine Gruppe von Gefängnisrebell:innen am offenen Fenster, die Feuer entfachten und Gefängnistrümmer aus den Fenstern warfen. Die Arbeiter:innen begannen mit dem Livestreaming; das zog mehr Menschen in die Innenstadt, die die Rebell:innen anfeuerten und gemeinsam mit ihnen vom Bürgersteig aus Lieder gegen die Polizei anstimmten.

Unterstützende vor dem Gefängnis türmten den Schutt auf, den die Gefangenen hinausgeworfen hatten, um eine behelfsmäßige Barrikade zu errichten, die die Tür des Gefängnisses blockierte.

Der Direktor für öffentliche Sicherheit der Stadt, Jimmie Edwards, behauptet, dass die Gefangenen keine Forderungen gestellt haben, sondern nur ›Chaos‹ anrichten wollten. Verständnisvollere Kommentator:innen, darunter auch Aktivistengruppen, führten wieder einmal COVID-19 oder Überbelegung als Erklärung für den Ausbruch an. Wieder andere behaupten, dass der Aufruhr auch dadurch verursacht wurde, dass Staatsanwält:innen Verhaftete auf unbestimmte Zeit weggesperrt hielten, als Folge der Aussetzung von Prozessen wegen der Pandemie. Aus unserer Sicht ist es anmaßend, für die Insassen zu sprechen. Einen nachvollziehbaren Grund für einen Aufstand zu präsentieren – oder zu behaupten, dass er unerklärlich ist oder einfach ein Weg, um ›Chaos‹ zu stiften – ist eine Art, auf die Politik genutzt wird, um die Handlungsfähigkeit der Inhaftierten zu zu managen und klein zu reden. In solchen Situationen können die Gefangenen nie wirklich gehört werden – nicht nur wegen der eingeschränkten Kommunikationsformen, die ihnen zur Verfügung stehen, sondern auch als Folge der Machtungleichgewichte, die jeden entstehenden Diskurs prägen.

Seit Jahren fordern die Menschen von der Regierung die Schließung des anderen Gefängnisses der Stadt, dem Workhouse. Das Workhouse war auch schon Schauplatz vieler Demonstrationen, darunter eine, die 2017 den Zaun durchbrach. Letzten Sommer stimmte die Stadtregierung überraschenderweise zu, das Workhouse bis Dezember 2020 zu schließen. Zu diesem Zeitpunkt war das Workhouse ziemlich entvölkert, was dazu beigetragen hat, dass die Argumente für eine Schließung nicht mehr stichhaltig waren. Aber wenn man sich anschaut, wie die Stadtregierung die Schließung umsetzen würde, ist es klar, dass es kaum einen Unterschied in der Erfahrung der Eingeschlossenen machen würde. Die Stadtregierung schlug vor, die im Workhouse verbliebenen Gefangenen in das Downtown-Gefängnis zu verlegen, was von den Organisationen der Community bis zu einem gewissen Grad akzeptiert wurde. Die Stadtregierung schlug auch vor, die Gefangenen in Gefängnisse in anderen Städten zu schicken, einige bis zu vier Stunden entfernt, obwohl dies Gerichtsverfahren und Familien, die ihre Lieben besuchen wollen, behindern würde.

Der Dezember 2020 ist längst vorbei und das Workhouse ist immer noch geöffnet. Jetzt benutzt die Stadt diesen Aufstand als Rechtfertigung, um es offen zu halten. Es scheint, dass die Regierung nie die Absicht hatte, das Workhouse zu schließen und nur Ausreden sucht, um es nicht zu tun. Nach der Revolte wurden Dutzende Gefangenen aus dem Gefängnis in der Innenstadt in das Workhouse verlegt. Gleichzeitig nutzen aktivistische Organisationen die Ereignisse vom 6. Februar als Munition für ihre Kampagne zur Schließung des Workhouse.

Ein Unterstützer vor dem Gefängnis, der ein Shirt trägt, das von den Rebell:innen im Inneren rausgeworfen wurde.

Es sieht so aus, als würde das Workhouse nicht so bald geschlossen werden. Selbst wenn es geschlossen wird, werden der Kapitalismus und die verschiedenen komplementären und konkurrierenden Regierungsmächte, die die Bedingungen für ›Kriminalität‹ schaffen und definieren, was sie ausmacht, weiter bestehen, zusammen mit ihren Strategien, die Ergebnisse zu verwalten. All dieses Definieren und Verwalten tendiert dazu, sich entlang von Klassen- und Racelinien abzuspielen, aber das bedeutet nicht, dass es notwendigerweise eine Art von impliziter Solidarität innerhalb dieser Klassifizierungen gibt, die von Natur aus gegen dieses Definieren und Verwalten ist. Außerhalb der Blase des Aktivismus für soziale Gerechtigkeit gibt es Druck von verschiedenen großmäuligen Gruppen in St. Louis mehr ›Recht und Ordnung‹ durchzusetzen, vor allem als Reaktion auf den dramatischen Anstieg der Zahl der Morde in den letzten paar Jahren. Einige fordern Überwachungsflugzeuge, um uns vom Himmel aus zu überwachen; andere haben die Nationalgarde angefleht, in ihre Nachbarschaften zu kommen, um die täglichen Schießereien zu stoppen. Die wunderbare und schreckliche Dynamik des Lebens in einer gesetzlosen Stadt und die verschiedenen Definitionen dessen, was Sicherheit ausmacht, sind hier alle im Spiel. Der Appell an die Regierung, die Dinge zu verbessern, hat die Situation nur noch verschärft.

Am Ende verfehlt dieses Klassifizieren und Verwalten und Kontrollieren immer seinen Zweck. Das ist die Ursache für die Konflikte, die immer wieder durch die dünne Fassade der Ordnung brechen, wie die Gefangenen, die durch die Fenster des Gefängnisses brachen. Jeden Tag kommen Politiker:innen mit neuen Lösungen für die Probleme, die durch das von ihnen aufrechterhaltene System geschaffen werden – und jeden Tag scheitern ihre Lösungen. Jeden Tag engagieren sich Menschen in persönlichen und kollektiven Gesten gegen den Status Quo, und diese Ausbrüche passen nicht einfach in eine politisierte Beschreibung, warum Menschen tun, was sie tun. Die meisten dieser Explosionen bleiben ungesehen und werden nicht beachtet, aber manchmal gibt es eine Explosion – wie die am 6. Februar – die nicht verheimlicht werden kann, und die Menschen beeilen sich, sie in eine Art von erholsamer Erzählung zu integrieren.

Revolte ist keine Agenda, die es zu vertreten gilt, sondern eine Handlungsfähigkeit, die es zu erweitern gilt. Solidarität mit den Rebell:innen im Gefängnis von St. Louis.

Das folgende Gedicht stammt von einem Anarchisten aus St. Louis, der die Revolte von der Straße aus miterlebt hat.

ich hätte nie gedacht, dass ich die ausgebrochenen Fenster eines Gefängnisses sehen würde ein kaltes, verrottetes — wie sie alle — wo du in einer Zelle 40 tief gestapelt bist oder in einer Zelle eingesperrt bist und schimmelige Sandwiches isst um die Mülltüte mit Saftkartons kämpfst, die die Wärter in deine Zelle werfen
das direkt gegenüber dem Rathaus liegt wo sie das Gesetz und die Ordnung des täglichen Elends machen das eine neben dem Gerichtsgebäude wo sie über das Elend urteilen das, was ›Justizzentrum‹ genannt wird oder mit den Worten eines Mitgefangenen den ich vor Jahren kurz in einer überfüllten Zelle traf Amerika
Ich hätte nie gedacht, dass ich Gefangene sehen würde, die ihre maskierten Köpfe aus den zerbrochenen Fenstern stecken zusammen singen, sprichwörtlich BEFREI MICH schreien auf alle Arten von Wegen Signalfeuer setzen, die wir unten sehen können, sie werfen Knastteile, die sie von innen zerlegt haben, nach draußen Türgriffe, Ramen-Nudeln, Sandwiches, Seifenstücke, Federn, unbequeme Plastikstühle, Metallteile, klebrige Matratzen, Besen, Kissen, Bettwäsche, Spiegel
ich hätte nie gedacht, dass wir jubeln würden schreien nach mehr mehr! ich hätte nie gedacht, dass wir in der Lage sein würden, frei zu kommunizieren durch zerbrochene Fenster anstelle von unzerbrechlichem Plexiglas
ich hätte nie gedacht, dass ich ausgeworfene Knastkomponenten sehen würde, die von einem alten Mann in der Menge
getrieben von einer Sturheit wütend über seine vergangenen Erfahrungen im Gefängnis nachdenkend er bindet alle Federn und andere Metallteile an die Griffe des Gefängniseingangs und stapelt den Rest der Artefakte vor den Türen die Wachen zu verhöhnen, die ihn anschreien zu STOPPEN
ich hätte nie gedacht, dass ich mal Leute sehen würde die eingesperrt sind ihre Gefängnisuniformen ausziehen und sie rausschmeißen ich hätte nie gedacht, dass ich sie geschändet sehen würde ein machtloser Stoff sich der Schwerkraft unterwirft und den Boden für uns erreicht, um sie zu bergen als Souvenirs

[Österreich] Vorwurf Sachbeschädigung vs. Vorwurf Kriegsverbrechen

quelle: resistrepression.noblogs.org



September 2019: Vier Personen wird vorgeworfen Transparente („Rheinmetall Entwaffnen") und ein Graffiti („Blut an euren Händen") an der Außenmauer der Firma Rheinmetall in Wien Liesing angebracht zu haben. Eine Person wurde deswegen direkt vor dem Firmengelände festgenommen; drei weitere Personen wurden später in der ungefähren Gegend aufgegriffen. Die Polizei hatte laut Presseberichten mit Hubschraubern nach weiteren „Sprayern" gesucht.

Den Festgenommenen wurde Sachbeschädigung zur Last gelegt, woraufhin bei drei der Personen Hausdurchsuchungen stattfanden.
Den Höhepunkt der Repression stellt jedoch die Abschiebung nach Deutschland und ein 10-jähriges Aufenthaltsverbot in Österreich für einen der Festgenommen (dt. Staatsbürger) dar. Die Polizei in Kooperation mit dem BFA führte die Abschiebung noch am selben Tag durch. Das Einreiseverbot wurde jedoch ein paar Monate später als rechtswidrig von einem Gericht aufgehoben.
Dieses Vorgehen, Abschiebung als Psychoterror einzusetzen und einen möglichst großen Schaden im Leben der abgeschobenen Person anzurichten, ist ein gutes Beispiel, wie brutal die Staatsgewalt versucht, einem Rüstungsunternehmen zur Seite zu stehen und unliebsamen Protest mundtot zu machen. Gleiches gilt für den haltlosen Vorwurf einer kriminellen Vereinigung in der ursprünglichen Anzeige der Polizei, um das Ausmaß der Repression rechtfertigen zu können.

Das heute stattfindende Gerichtsverfahren nehmen wir zum Anlass um einmal mehr das Augenmerk auf die Firma Rheinmetall, die sich als Privatbeteiligter an dem Verfahren gegen die Angeklagten beteiligt, zu richten.
Das Werk von „Rheinmetall MAN Military Vehicles Österreich" in Wien Liesing stellt nach eigenen Angaben jährlich rund 2000 bis 2500 Kriegsfahrzeuge her, die sie weltweit an 62 verschiedene Kriegsparteien, bzw. Armeen verkaufen. Weiterhin negativ aufgefallen ist das Werk in Wien 2017 durch die Kündigung des Betriebsrat Mesut Kimsezis, nach dem dieser Fragen nach illegalen Panzerexporten an Saudi-Arabien und die Verwicklung dieser Waffen in den Bürgerkrieg im Jemen gestellt hatte. Rheinmetall nutzte dies zum Vorwand, um eine unliebsame Person los zu werden, obwohl die Exporte vielfach von Medien nachgewiesen worden waren.

Die Firma Rheinmetall als Ganzes hat noch wesentlich mehr Dreck am Stecken:
Der Konzern beteiligt sich mit seinen Produkten an der Militarisierung der Grenzen weltweit zur tödlichen Abwehr von Geflüchteten, z.B. in Europa, Syrien oder Algerien. Außerdem ist er an der Entwicklung von Überwachungstechnologie und -software beteiligt, wie sie in zahlreichen Staaten zur Unterdrückung jeglicher politischer Opposition eingesetzt wird.
In dem Werk der Tochterfirma von Rheinmetall in Südafrika werden bei dem Bau von Bomben und Munition immer wieder Arbeiter*innen durch Explosionen getötet oder schwer verletzt.
Auch umgeht die Firma konsequent Exportverbote in Krisenregionen. Durch Tochterfirmen beispielsweise in Südafrika oder auch auf Sardinien werden z.B. Bombenlieferungen an Saudi-Arabien getätigt, da die Tochterunternehmen nur an die jeweiligen nationalen Regeln anstelle der deutschen Exportvorschriften gebunden sind. Saudi-Arabien beispielsweise führt im Jemen-Krieg seit 2015 eine Militärkoalition an. Seitdem starben dort laut UN rund 233.000 Menschen und die Situation gilt als die aktuell größte humanitäre Katastrophe mit vielen Millionen Menschen die von Hunger und Gewalt betroffen sind.
In die Türkei lieferte Rheinmetall immer wieder Leopard-Panzer. Die Türkei setzt diese Panzer u.a. bei der völkerrechtswidrigen Besatzung von Afrin, einem Gebiet in Nordsyrien, Angriffen auf die anderen Teile des kurdischen Teils Syriens (genannt Rojava) und auch gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei ein. Seit 2016 ist Rheinmetall an einem Joint-Venture in der Türkei beteiligt, durch welchen nun direkt im Land Panzer von einer Tochterfirma Rheinmetalls hergestellt werden (was etwaige Export-Verbote oder Saktionen zur Makulatur werden lässt).
2020 wurden Militärfahrzeuge und Mörsergranaten von Rheinmetall und MAN direkt mit Kooperation der Türkei in den Bürgerkrieg nach Lybien geliefert, wie durch Recherchen belegt wurde.
Diese forgesetzte Kreativität, Exportverbote zu umgehen und die eigenen mörderischen Produkte für Profite umzusetzen, zeigt die kriminellen Energien, welche sich in der Branche auszahlen.
Die Geschäfte laufen momentan dank weltweiter Aufrüstung äußerst gewinnbringend.

So meldet auch das Werk in Liesing trotz Wirtschaftskrise volle Auftragsbüchern. Die Firma setzt alles daran, an einer kriegerischen Zukunft mitzugestalten. So ist sie maßgeblich an der Entwicklung neuer Technologien in der Kriegsführung beteiligt, wie beispielsweise an der Produktion von Laserwaffen, wie sie momentan die deutsche Bundeswehr auf einem Marine-Schiff testet. Von einer Gefährdung der Allgemeinheit durch das Unternehmen ist also unbedingt auszugehen.

Daher schlußfolgern wir, dass vielmehr Rheinmetall und andere Rüstungskonzerne anzuklagen sind, als alle Personen, die auf deren Verbrechen hinweisen, und wir schließen uns der südafrikanischen Aktivistin Rhoda-Ann Bazier an: Lasst uns „Rheinmetall stoppen, bevor noch mehr Menschen sterben!"

ANARCHISTISCHES RADIO

in Wien jeden Sonntag 20:00 bis 21:00 Uhr auf FM 94.0 (Radio Orange)

in Graz jeden Mittwoch, 22: 00 bis 23:00 Uhr auf FM 92,6 (Radio Helsinki)

immer und überall auf www.a-radio.net

[Österreich] Spontandemo in Solidarität mit Dimitris Koufontinas

quelle: twitter @Presse Service Wien



Am 5.3.2021 demonstrierten in #Wien etwa 30 Personen in Solidarität mit dem Stadtguerilla Dimitris #Koufontinas, der sich nach Jahrzehnten der Haft derzeit im Hunger- und Durststreik befindet.

Das Eingangstor der griechischen Botschaft wurde mit blauer Farbe beschmiert. In der Nähe der Botschaft brannte ein Müllcontainer.

Die rasch eingetroffene Polizei konnte das Feuer löschen und zeigte einen Journalisten sowie einen Passanten wegen Sachbeschädigung an.



[Deutschland] Berlin: Straßenblockade am Kotti in Solidarität mit Dimitris Koufontinas!

quelle: enough-is-enough14.org



Berlin. Gestern Abend wurde der Verkehr in der Adalbertstraße aus Solidarität mit Dimitris Koufontinas blockiert.

Ursprünglich veröffentlicht von Kontrapolis.

In Solidarität mit Dimitris Koufontinas haben wir den Verkehr auf der Adalbertstraße für wenige Minuten gestoppt und mit Flyern, Transparenten und Sprechhören auf die Situation von Dimitris aufmerksam gemacht.

Solidarität mit Dimitris Koufontinas!

Für die sofortige Erfüllung seiner Forderungen!

Freiheit für alle Gefangenen!

Tag-X – 20 Uhr – Hermannplatz (Berlin)



Eingeschlossen, isoliert, abgeschoben: Schubhaft in Corona-Zeiten

quelle: mosaik-blog.at



von der Solidaritätsgruppe für eine Gefangenengewerkschaft Österreich

Massenquartiere wie Anhaltezentren erhöhen die Covid-Ansteckungsgefahr. NGOs fordern deswegen die Schubhaft aufzuheben, stattdessen führt das Innenministerium ein bis zu 18-monatiges Besuchsverbot ein. Ein Verstoß gegen die Menschenrechte, schreibt die Solidaritätsgruppe für die Gründung einer Gefangenengewerkschaft Österreich (GG/BO R.A.U.S.).

„Jedermann hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit", sagt die österreichische Verfassung – und nennt dann gleich Ausnahmeregelungen, zu denen auch die Sicherung der Ausweisung gehört. Nun ja, wir wissen seit George Orwell, dass manche gleicher sind, daher erstaunt es nicht, dass auch manche freier sind. Und wir wissen seit Hannah Arendt, dass die Menschenrechte zahnlos bleiben, wenn es das politische Recht nicht gibt, sie zu erkämpfen. Und diejenigen ohne Aufenthaltsrecht haben keine Rechte. So einfach ist das.

Unter der Bedrohung von Covid-19 wird dieser Ausschluss noch einmal verschärft. Gemeinsam mit einer globalen viralen Seuche erlebt die nationalistische Seuche eine Renaissance. Diejenigen, für die Österreich nicht das einzige Heimatland ist, sind angeblich schuld an hohen Ansteckungszahlen. Und es geht auch nicht darum, dass es weltweit genug Impfstoff gibt, sondern dass Österreich sich ausreichende Kontingente sichert.

Abschiebungen trotz Covid

Und daher wird auch zu Pandemiezeiten abgeschoben. Nach Afghanistan am 15.12., nach Nigeria am 19.1. Und am 28.1. gelang es sogar, zwei in Österreich geborene Kinder nach Georgien abzuschieben. Stolz wird mitgeteilt, dass "(t)rotz der COVID-19-Pandemie das Innenministerium keine grundsätzliche Suspendierung bzw. Aussetzung von Abschiebungen vorgenommen hat und hierzu in engem Austausch mit Partnern auf EU- und internationaler Ebene steht." Was das für die Betroffenen bedeutet, interessiert Österreich ebenso wenig wie die weltweite Bekämpfung der Pandemie.

Massenquartiere mit beengter Unterbringung, wie etwa Geflüchtetenlager, Gefängnisse und polizeiliche Anhaltezentren (PAZ), erhöhen allerdings die Ansteckungsgefahr in Österreich. Daher fordern NGOs seit einem Jahr dezentrale Unterbringungen für Geflüchtete und Reduktionen der Belegung von Gefängnissen und Anhaltezentren. Etwa dadurch, dass Schubhaft nicht verhängt wird. Doch offensichtlich gibt es Werte und Ziele, die noch über der Pandemiebekämpfung stehen. Wie etwa das Einsperren von Menschen ohne Aufenthaltsrecht, damit dann das Aussperren und Ausliefern schneller funktioniert. Schubhaftzahlen sind nicht leicht zu eruieren, aber aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage geht hervor, dass im ersten Halbjahr 2020 insgesamt mehr als 2000 Menschen in Schubhaft waren.

Besuchsverbot bis zur „Rückführung"

Zu einer Zeit, zu der die Bekämpfung der Pandemie zum höchsten Staatsziel ausgerufen wurde, wurde also eine erhebliche Anzahl von Personen auf engem Raum zusammengesperrt. Und selbstverständlich spricht nichts dafür, dass sich diese Situation seit damals verbessert hat. Um die Rettung dieser Menschenleben geht es offensichtlich nicht. Allerdings wurden und werden auch hier Maßnahmen per Erlass des Innenministeriums festgelegt.

Erlässe sind nicht öffentlich, aber zwei zu diesem Thema lassen sich ebenfalls in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage finden. Am 13.03.2020 wurden „Einschränkungen der Standards im Anhaltevollzug" festgelegt. Zu diesen Einschränkungen gehört, dass offene Stationen temporär aufgelassen werden und die „Häftlinge" in Kleingruppen eingesperrt werden. Um dafür Platz zu schaffen, sollen andere Inhaftierungen in PAZ eingeschränkt werden, nicht aber die Schubhaft seltener verhängt werden. Und weiter heißt es in diesem Erlass, dass „Besuche von Häftlingen nur noch in den nachfolgenden Ausnahmefällen zulässig (sind): In den gesetzlich vorgesehenen Fällen (z.B. Rechts- und Rückkehrberatung) oder durch direkte Angehörige (Ehegatten, Kinder und Eltern) von Schubhäftlingen, deren Außerlandesbringung unmittelbar bevorsteht."

Was hier in Amtsdeutsch steht, ist Folgendes: Personen, die nur aus dem Grund eingesperrt sind, dass sie sich in einem Land aufhalten, das sie nicht will, werden von ihren Familien und Freund_innen isoliert. Und die Familien und Freund_innen, die vielleicht auf immer, jedenfalls aber für sehr lange Zeit Abschied nehmen müssen, haben dafür nur Gelegenheit, wenn der Flug schon gebucht ist. All dies vor dem Hintergrund der Novelle des Fremdenpolizeigesetzes 2017, gemäß der die Schubhaft bis zu 18 Monaten dauern kann.

Unübersichtliches Hin und Her

Am 20.5. wurden Besuche hinter einer Glasscheibe wieder erlaubt – und im Herbst wieder verboten. Vermutlich wiederum per Erlass und vermutlich Anfang November – wie erwähnt, Erlässe sind nicht öffentlich und nicht leicht zu finden. Auch auf den Websites des PAZ und der Landespolizeidirektionen (LPD) finden sich keine Hinweise, mit Ausnahme der LPD Steiermark; hier wird über Covid-Maßnahmen ab 9.11.2020 informiert, unter Anderem darüber, dass im Anhaltevollzug „Besuche von Angehaltenen oder das Abgeben von Wäsche oder sonstigen Gegenständen für Angehaltene (…) bis auf weiteres nicht möglich (sind) und (f)ür den Bereich des Anhaltezentrums Vordernberg (…) Beratungen durch NGO´s bis auf weiteres nicht durchgeführt werden (können)." Auf telefonische Anfrage beim PAZ Hernals wurde mitgeteilt, dass dort ein (!) Besuch in der Woche vor der Abschiebung möglich ist.

Fassen wir zusammen: Das Recht eines Staates, Personen abzuschieben, steht über der Bekämpfung einer globalen Seuche. Die Sicherung dieser Abschiebungen steht über dem Anspruch von Menschen auf Wahrung ihrer Gesundheit und über dem Recht auf Familie. Also über zwei verbrieften Menschenrechten wie auch den Nelson-Mandela-Regeln der UNO. Die Regel 158 hier lautet: Den Gefangenen ist zu gestatten, unter der notwendigen Aufsicht in regelmäßigen Abständen mit ihrer Familie und ihren Freunden zu verkehren (…) indem sie Besuche empfangen. Fassen wir zusammen: Einen Nationalstaat, der während einer folgenschweren Pandemie auf politischem Kleingeld beharrt, können wir nicht ernst nehmen. Er hat ausgedient.



Texte & Updates zu Dimitris Koufontinas und seinem Hunger- und Durststreik

Bei Redaktionsschluss ist Dimitris noch am Leben, aber sein Tod wird in den nächsten 24 Stunden erwartet. Manche Infos der Texte überschneiden bzw. wiederholen sich, wir haben trotzdem die Texte ungekürzt abgedruckt.

Update zum Hunger/Durststreik von Dimitris Koufontinas – Ich will nicht sterben!

quelle: de.indymedia.org

Dimitris Koufontinas befindet sich seit dem 8. Januar 2021 im Hungerstreik und seit dem 22. Februar im Durststreik. Er fordert in das Hochisicherheitsgefängnis Kordydallos verlegt zu werden. Dieser Wunsch wird ihm Verwehrt, gleichzeitig unterliegt er nach dem neuem Antiterrorgesetz unzähligen Restriktionen.
Der Hungerstreik ist die letzte und einzige Möglichkeit für Dimitris um seine Forderungen durchzusetzen. Im folgenden möchten wir die neuesten Statements von D. Koufontinas, den behandelden Ärzt*innen und seiner Anwältin veröffentlichen, um ein Update zur aktuellen Situation zu liefern.

Die griechische Regierung ignoriert bis heute die Forderungen von Dimitris Koufontinas, in ein Gefängniss in der Nähe von Athen verlegt zu werden. Stattdessen wurde er von einem Agrikultur- Gefängniss, ein Gefängniss mit vielen Freiheiten und auf dem Land befindlich, in das Hochsicherheitsgefängniss in Domokos verlegt.
Dimitris liegt seit 12 Tagen auf der Intensivstation in Lamia und kämpft mit dem Tod. Er verweigert jede Medikation und Zwangsernährung, genauso nimmt er seit 7 Tagen keinerlei Flüssigkeit mehr zu sich. Auch um nicht absichtlich von der Regierung ins Koma gebracht und um dann wiederbelebt zu werden ordnete er an, im Falle eines Herz-Kreislauf Stillstands nicht wieder belebt zu werden. Die Situation ist also mehr als kritisch. Dimitris äußerte sich noch am gestrigen Tag (28.02.21) gegenüber den behandelden Ärzt*innen wie folgt:

Auszug:
Ich möchte nicht sterben, aber ich möchte auch nicht behandelt werden wie menschlicher Müll!

Ich drohe nicht mich selbst umzubringen. Solange sie einer gerechten und legitimen Bitte nicht nachkommen bleibt mir keine andere Wahl, als bis zum Tod mit Würde und Stolz zu wandeln.

Wenn die Mitsotakis-Regierung nicht das tut, was Recht ist und wenn sie nicht auf diejenigen hört, die das Thema auf Basis der Humantität stellen wird es ein staatliches Attentat bleiben.

*Die behandelden Ärzt*innen und die Vereinigung der Ärzt*innenschaft schlossen sich dem Statement an. Bis heute wurden keine Zwangsmaßnahmen an Dimitris durchgeführt, erst recht nicht gegen seinen Willen, erklärte Katerina Douzepi – die behandelnde Ärztin seines Vertrauens.*

Auszug:
*„Die Generalversammlung der OENGE (Die Gewerkschaft der Ärzt*innen und Krankenhausmitarbeiter*innen) erklärt:*

1. Die Lehre der Medizin und Therapie verbietet Zwangsernährung und betrachtet dies als Folter. Wir unterstützen die Kollegen der ICU (Intensiv Care Unite – Intensivstation) des Krankenhauses von Lamia.
2. D. Koufontinas wurde defenitiv und unwideruflich verurteil für alle seine Taten. Heute wird über sein Recht auf eine würdige und gleichberechtigte Behandlung geurteilt. Wir fordern die Regierung auf, die Forderung nach einer gleichberechtigten Behandlung (in der Haft – anm. d. Übers.) nachzukommen. Auch um nicht nach Jahrzehnten den ersten toten Hungerstreikenden im Lande zu haben."

Die griechische Regierung versucht immer wieder mit scheinheiligen und widerlegten Lügen die Ermorderung im Vorfeld zu legitimieren. So erklärten der Premierminister Mitsotakis und einige ranghohe Abgeordneten, der rechten Regierungspartei Nea Demokratial, Koufontinas könne den Rechtsweg bestreiten und sich an die Gerichte wenden um verlegt zu werden.

Das er diesen Weg allerdings schon erfolglos bestritten hat erklärte seine Anwältin in der folgenden Erklärung:

Auszug:
„Seit zwei Tagen wird dem Häftling Dimitris Koufontinas von verschiedenen Regierungsbeamten, dem Premieminister selbst, aber auch zivilgesellschatlichen Akteuren vorgeworfen, die rechtlichen Verfahren, die für eine Verlegung üblich sind, nicht gegangen zu sein. Damit seinen Selbstmord gewählt hat und nicht einen legitimen Hungerstreik für seine Rechte durchführt.

Sie lügen. Wir müssen folgendes klarstellen:
Unmittelbar nach seiner Überstellung nach Domokos reichte der Häftling beim Sekretariat einen Antrag auf Überstellung nach Korydallos gemäß Gesetz 4760/20 ein, wie uns von der Geschäftsstelle des Gefängnisses versichert wurde, am 11.1.2021 an das Ministerium weitergeleitet wurde (Protokollnummer 23624).
Diese Anfrage wurde bisher nicht beantwortet.
Darüber hinaus hat der Inhaftierte am 28.12.20 beantragt, eine Kopie der Überstellungsentscheidung von der zuständigen Stelle, dem Central Transfer Committee (KEM), zu bekommen."

Im folgenden erklärt die Anwältin das genaue Bürokratische Vorgehen um am Ende festzustellen:

*Ein nicht offizielles Papier, welches an die Mitglieder*innen der Partei ND geschickt wurde, besagt die Linie der Partei sei, Koufontinas begehe Selbstmord, er könne den Weg der Justiz gehen, statt den Weg des Hungerstreiks.*

Die Führer der Propagandatruppe sollten das Gesetz lesen, bevor sie es wagen es für sich nutzen zu wollen. Statt sich öffentlich lächerlich zu machen.

Oder ist es die staatliche Rechtsauffassung „was ich will, tue ich" und legitimieren damit jede Willkür?

Sogar die Barberei eines Todesurteils?

Athen 28.02.2021 Ioanna Kurtovic – Rechtsanwältin.„

Mittlerweile werden sogar von Mitglieder*innen der Regierungspartei stimmen laut, das den Forderungen von Dimitris nachgegeben werden soll. Nichts destotrotz ignorieren die Verantwortlichen weiter die akute Situation und die Folgen seines Todes.

Freiheit für Dimitris Koufontinas!
Freiheit für Alle!

Dimitris Koufontinas: „Ich werde weitermachen"

quelle: enough-is-enough14.org

Griechenland. März. 2021. Nach 56 Tagen Hungerstreik und 10 Tagen Durststreik ist es eine Frage von Tagen, vielleicht Stunden, dass Dimitris Koufontinas sterben könnte. Nachdem das Gericht jedoch einem Antrag seiner Anwält:innen auf eine vorübergehende Aussetzung seiner Strafe nicht stattgegeben hat, sagte Dimitris seiner Familie, als diese ihn nach der Gerichtsentscheidung im Krankenhaus besuchte, dass er seinen Hunger- und Durststreik fortsetzen wird.

Ursprünglich veröffentlicht von The Press Project. Übersetzt von Riot Turtle (Riot Turtle hofft das ihm kleinere Fehler vergeben werden, es war nicht einfach um aus dem Griechischen zu übersetzen).

Personen aus dem Umfeld des Hungerstreikenden Dimitris Koufontinas teilten ‚The Press Project' mit, dass Dimitris schon vor längerer Zeit gesagt hatte, dass er nicht glaubt, dass juristische Schritte vor dem Amtsgericht irgendeinen positiven Effekt haben könnten.

Er wurde über die Entscheidung des dreiköpfigen Gerichts von Lamia im Krankenhaus informiert, wo ihn seine Familie besuchte. Dimitris sagte ihnen, dass er seinen Hunger- und Durststreik fortsetzen wird.

Das Gericht hat einstimmig den Antrag des Hungerstreikenden Dimitris Koufontinsa abgelehnt, die Vollstreckung seiner Strafe auszusetzen. Die Ablehnung seines Antrags wurde schon früher vorgeschlagen und der Oberstaatsanwalt argumentierte unter anderem damit, dass sich sein Gesundheitszustand verschlechtert habe, weil er (Dimitris) es selbst so wollte. „Der Staat darf nicht auf Rache aus sein. Es ist eine Frage von Tagen, vielleicht Stunden. Wenn er stirbt, wird die Gerichtsmedizin ‚Herzstillstand' schreiben und sie werden auch eine bestimmte Krankheit angeben", sagte Themis Sophos, einer der Anwält:innen von Dimitris Koufontinas.

[Griechenland] Nierenversagen bei Dimitris Koufontinas

quelle: emrawi.org

Der in Griechenland inhaftierte hungerstreikende Gefangene Dimitris Koufontinas musste am Freitag wegen Nierenversagen wiederbelebt werden. Derweil gehen die Proteste in Solidarität mit dem 63-Jährigen weiter.

Das teilte das Lamia-Krankenhaus, wo der 63-Jährige behandelt wird, in einer Presseerklärung mit. „In Anwendung des entsprechenden Gesetzes und einer gerichtlichen Anordnung folgend, hat das Krankenhaus sofort die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den Patienten wiederzubeleben und seine Vitalfunktionen aufrechtzuerhalten, sowie alle Anstrengungen zu unternehmen, um seine Gesundheit zu erhalten, um nicht nur das Gesetz, sondern auch die medizinische Ethik zu befolgen", zitierte das Nachrichtenportal Ekathimerini am Abend aus der Mitteilung.

Dimitris Koufontinas ist seit 2002 im Gefängnis und verbüßt eine Haftstrafe von elf Mal lebenslänglich zuzüglich 25 Jahre, nachdem er als Mitglied der Stadtguerilla „Revolutionäre Organisation 17. November" (17N) verurteilt wurde. Seit 57 Tagen befindet er sich im Hunger- und zuletzt im Durststreik, um die Rückverlegung in das Athener Korydallos-Gefängnis zu erreichen, wo er bereits 16 Jahre seiner Haft einsaß.

In der Zwischenzeit tagte der Justizrat von Lamia, um über den zweiten Einspruch von Koufontinas gegen die Rechtmäßigkeit seiner Verlegung in das Hochsicherheitsgefängnis Domokos zu entscheiden. Laut Ekathimerini argumentierte die Staatsanwaltschaft jedoch, dass der Rat nicht das geeignete Gremium sei, um in dieser Angelegenheit zu entscheiden. Zuständig für die Beschlussfassung sei das zentrale Komitee für Gefangenenverlegungen.

Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstrierende
Derweil gehen die Proteste in Athen und anderen griechischen Städten in Solidarität mit Koufontinas weiter. Nachdem am Freitag bereits auf Bildern in Online-Netzwerken zu sehen war, wie die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas gegen Demonstrierende vorging, wurden auch am Samstag die Proteste von Polizeigewalt überschattet.

17N
Die Revolutionäre Organisation 17. November war in Griechenland von 1975 bis 2002 aktiv. Die Stadtguerilla hatte sich nach dem Tag der blutigen Niederschlagung des Studentenaufstands im Athener Polytechnion im November 1973 durch die damalige Militärdiktatur benannt. Ziele ihrer Anschläge waren Militär, Konzerne und Repräsentanten aus den USA, dem Vereinigten Königreich, der Türkei und Deutschland sowie griechische Juntakollaborateure.

[Griechenland] Tausende Menschen gingen den vierten Tag in Folge in Solidarität mit Dimitris Koufontinas auf die Straße

quelle: enough-is-enough14.org

Griechenland. 4. März. 2021. Zum vierten Mal in Folge gingen die Menschen in ganz Griechenland auf die Straße, um ein Ende des staatlich sanktionierten Mordes an Dimitris Koufontinas zu fordern.

Am Anfang des heutigen Tages und nach wiederholten Vorschlägen des Generalsekretärs der Anti-Verbrechens-Politik S. Nikolaou, reichte Dimitris Anwältin, I. Kurtovic, zusammen mit einem prominenten Anwalt, der der konservativen Partei treu ist, beim Bezirksgericht von Lamia einen Antrag auf eine vorläufige Aufhebung der Inhaftierung von Koufontinas ein, angesichts der extremen gesundheitlichen Probleme und der unmittelbaren Lebensgefahr, da er sich im 56ten Tag seines Hungerstreiks und im 10ten Tag seines Durststreiks befindet. Wie erwartet, lehnte das Gericht aufgrund des politischen Drucks ihren Antrag ab und Koufontinas gab eine Erklärung (Link) heraus, dass er seinen Streik fortsetzt, bis seine berechtigte Forderung, ins Korydallos-Gefängnis zurückgebracht zu werden, erfüllt ist.

In einer Änderung ihrer Haltung nach ihrer Verleumdungskampagne gegen Kurtovic und Koufontinas und tagelangen unverhohlenen Lügen gegenüber den Medien, gab Nikolaou in einer Korrespondenz mit Kurtovic zu, dass das Bezirksgericht von Lamia rechtlich nicht in der Lage ist, über die Verlegung von Koufontinas zu entscheiden und es eigentlich ihr Büro ist, das für die Angelegenheit verantwortlich ist. All das, während sie schamlos ihre um 60 Tage verzögerte Entscheidung über die Anträge als „schwebend" bezeichnete und Tage nach ihrer Behauptung, dass das Problem auf der Seite von Koufontinas' Anwaltsteam liegt, indem sie sich nicht mit den Gerichten auseinandersetzt und sie beschuldigt, die Entscheidung für seine Verlegung unnötig zu politisieren.

Einen neuen Tiefpunkt erreichte die Verwaltung des Lamia-Krankenhauses heute, als sie Dimitris Koufontinas den Zugang zu den Ärzten seiner Wahl verweigerte. Der hunger- und durststreikende Patient hat das Recht, zwei Ärzte seiner Wahl zu benennen, die seinen Gesundheitszustand überwachen und ihn bei der Durchführung seines Streiks unterstützen. Die Beamten des Domokos-Gefängnisses teilten mit, dass die Verweigerung nicht von ihrer Seite kommt, wodurch die Krankenhausverwaltung direkt in diese grobe Verletzung von Dimitris Koufontinas' Rechten verwickelt wird. Sie behaupten fälschlicherweise, dass Koufontinas vorerst ein Maximum an Visiten erreicht hat und die Gewährung weiterer Besuchsrechte nächste Woche erneut in Erwägung gezogen wird, eine unbegründete und unerhörte Behauptung, wenn man bedenkt, dass die medizinische Versorgung nicht von solchen Vorwänden bestimmt wird.

(18:00) Athen: Die Menschen fangen an, sich am Syntagma Platz zu versammeln. Die Polizei scheint besser vorbereitet zu sein, die Demo zu unterbinden, der Platz wird von den meisten Seiten eingekreist, um den Zugang zu verhindern und, wie erwartet, sind umfangreiche Personenkontrollen und die Verhängung von Geldstrafen im Gange. Viele U-Bahn-Stationen im Zentrum Athens wurden von der Polizei abgesperrt und der Platz kann nur über die Südseite erreicht werden. Interessanterweise wurden die U-Bahnhofssperrungen so kurz vor der Demo angekündigt wie möglich (ein weiterer gescheiterter Versuch, die Teilnehmer:innenzahlen zu senken?).

(18:30) Die Bereitschaftspolizei versuchte, den Zugang zur Straße vor dem Parlament zu blockieren, aber ein weiterer Tag mit starker Beteiligung zwang sie, ihre Pläne aufzugeben und die Demo nahm die Straße ein. Die Polizei forderte wiederholt, die Straße zu räumen und die Menschenmenge aufzulösen, aber ihre Bemühungen waren vergeblich. Es folgte eine hitzige Diskussion mit dem EA und die Demo setzte sich in Bewegung, dicht gefolgt von einem großen Polizeiaufgebot.

(19:00) Die Demo zog entlang der Propylea und Panepistimiou und erreichte den Omonoia-Platz um etwa 19:40 Uhr.

via @ximikesagkalies

Erklärung von Nikos Maziotis zum Hungerstreik von Dimitris Koufontinas

quelle: enough-is-enough14.org

Eine Stellungnahme vom 24. Februar von Nikos Maziotis zum Hungerstreik von Dimitris Koufontinas.
Über die Anordnung der Staatsanwaltschaft zur Zwangsernährung des Genossen Dimitris Koufontinas: N. Maziotis Mitglied des revolutionären Kampfes

Die Anordnung der Staatsanwaltschaft Lamia zur Zwangsernährung des des Hungerstreikenden Genossen Dimitris Koufontinas ist ein Ereignis der Aufwertung der staatlichen Repression gegen die politischen Gegner des Regimes. Solche Methoden wurden in der Vergangenheit von ähnlichen „Rechtsstaaten" wie der BRD in den 70er Jahren angewandt, die inhaftierte Mitglieder:innen von Stadtguerilla-Organisationen zwangsernährten, wobei in einem Fall der Hungerstreikende Holger Mainz, Mitglied der RAF, 1974 am 51. Tag des Hungerstreiks durch Ertrinken an der Zwangsernährung, die eigentlich Folter ist, starb. Zwangsernährung bedeutet das gewaltsame Einführen eines Schlauches mit Nährflüssigkeit, der durch die Speiseröhre geführt wird und durch den Mund des Hungerstreikenden in den Magen gelangt. Tatsächlich ist die Anordnung der Staatsanwaltschaft zur Zwangsernährung des Gefährten eine Anordnung zur Folter und die Rechtfertigung der Staatsanwaltschaft zum Schutz des Lebens des Gefährten ist nur als Heuchelei zu verstehen, da sie wissen, dass der Tod eines Hungerstreikenden in Griechenland einen enormen politischen Preis für das Regime haben wird.

In letzter Zeit, sterben nur unter dem „demokratischen" Erdogan politischen Gefangenen an Hungerstreiks. Die Menschenleben der Armen, der Klasse und der sozial Unterlegenen wurden von Regierungsvertreter:innenn aller Regierungen auf die Schuhsohlen geschrieben, die seit 2010 Tausende von Menschen getötet haben, um das System vor der Krise zu retten, durch Verarmung und extreme Sparmaßnahmen die auferlegt wurden, z.B. die Verschlechterung des Gesundheitssystems, was jetzt durch die Covid-19 Pandemie sichtbar wurde.

Wie das Leben von Gefangenen, Staatsanwält:innen und den Verantwortlichen des „Strafvollzugssystems" haben es auf ihre Fußsohlen geschrieben, wenn Gefangene im Gefängnis aus Mangel an medizinischer Grundversorgung sterben. Richter:innen wie die des Gerichts von Lamia, die den reuelosen Mörder des 15-jährigen Grigoropoulos, Korkoneas, freigelassen haben, Richter:innen, die den Pädophilen und Vergewaltiger von Kindern in Moldawien zu 28 Monaten Gefängnis verurteilt haben, die für das Planungsbüro des Premierministers zuständig waren, in dem Mitglieder:innen der regierenden ND-Partei als Zeugen der Verteidigung aussagten und von „politischer" Verfolgung sprachen – und das zu einer Zeit, in der das Land von Vergewaltigungsfällen in der Kunst und im Sport erschüttert wird – können nur als Heuchler:innen bezeichnet werden, wenn es um Menschenleben geht.

In jedem Fall ist die „Justiz" als Ganzes ein Komplize bei dem Verbrechen der politischen Liquidierung der überzähligen Bevölkerung, wie es bei den Memoranden der Fall war. Das Problem in diesem Fall ist für das System nicht das Leben des Genossen Dimitris Koufontinas, sondern der politische Preis des Todes aufgrund des Hungerstreiks. Das Leben der politischen Gefangenen steht schließlich an der Spitze der Lanze des heruntergekommenen Staates. Die Ärzt:innen im Lamia-Krankenhaus müssen sich der Anordnung des Staatsanwalts widersetzen und dürfen nicht zu Folterknecht:innen und Organen der staatlichen Repression werden.

Solidarität mit dem Hungerstreik des Gefährten Dimitri Koufontinas
Nikos Maziotis, Mitglied des Revolutionären Kampfes